

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 303.

Freitag, 29. Dezember 1922.

29. Jahrgang.

Der deutsche Vorschlag.

Die Vorbereitungen zur Pariser Konferenz.

Die Reichsregierung soll sich am Donnerstag über die wesentlichen Grundlinien der nach Paris zu richtenden Vorschläge nach langem Hin und Her schlüssig geworden sein. Für Freitag ist deshalb eine abschließende Besprechung mit Vertretern der Wirtschaft beabsichtigt, aus der sich vor allem endgültig ergeben muß, wie groß die „Opferfreudigkeit“ der Industrie ist.

Bei dem nach Paris zu übermittelnden Vorschlag handelt es sich nach unseren Informationen in der Hauptsache um einen Plan, der eine endgültige Lösung vorsieht und in dem eine feste Summe, die nach Ansicht der Regierung der deutschen Leistungsfähigkeit entspricht, angegeben werden wird. Auch sind bestimmte Garantien vorgesehen, die hauptsächlich von der Industrie getragen werden sollen, die zu tragen sich die Industrie bisher aber nicht bereit erklärt hat. Im Verlauf der Kabinettsberatungen haben innerpolitische Motive, die von dem Reichswirtschaftsminister Becker und dem Reichsarbeitsminister verfochten wurden, eine gewisse Rolle gespielt. Der vorgesehene Plan an sich stellt deshalb ein Kompromiß zwischen der Auffassung der einzelnen Regierungsmitglieder dar. Eine einheitliche Auffassung, insbesondere über die Höhe der anzubietenden Summe, konnte nicht zustande kommen.

Langsam beginnt man jetzt auch in den Ententestaaten Vorbereitungen für die am 2. Januar in Paris beginnende Konferenz zu treffen. Bonar Law soll z. B. einen neuen britischen Reparationsplan ausgearbeitet haben, über den er auch mit Deutschland zu verhandeln gedenkt. Das Programm scheint der Pfänderpolitik Poincarés insofern entgegenzukommen, als es sich zu Sanktionen unter der Voraussetzung bereit erklärt, daß der von Deutschland zu zahlende Betrag auf eine vernünftige Summe herabgesetzt wird, aber die Sanktionen erst dann in Kraft treten sollen, wenn Deutschland die Zahlung dieser herabgesetzten Summe nicht ordnungsgemäß leistet. Sollte über die Reparationsfrage im allgemeinen eine Einigung in Paris zustande kommen, dann will der englische Ministerpräsident Vorläufe über die Lösung der Frage der alliierten Schulden machen. Während also auf der letzten Londoner Konferenz das Reparationsproblem mit der Frage der interalliierten Schulden verknüpft wurde, soll jetzt jede Frage einzeln behandelt werden. Schon daraus ist zu entnehmen, daß ein Einvernehmen zwischen England und Frankreich auch in Paris nur schwer zustande kommen wird.

Das fehlende Holz.

Aus Anlaß des Beschlusses der Reparationskommission über die „Nichterfüllung“ der deutschen Holzlieferungen, die in dem jetzt vorliegenden amtlichen Text übrigens nicht als „vorläufige Nichterfüllung“ bezeichnet wird, übermittelt uns die Reichsregierung eine Darstellung über die bisherigen Holzlieferungen. Hieraus geht hervor, daß die Ansprüche der Alliierten erst am 20. April ds. Js. vollständig gemeldet wurden, daß aber trotz dieses Zeitverlustes mit Unterstützung der Länder alles getan wurde, um einen ordnungsgemäßen Gang der Lieferungen zu sichern. Anfangs schienen die Erfolge der Regierung sich gut auszuwirken; der Markt war im Sommer vernichtet aber alle Berechnungen. Die Lieferanten konnten mit den Vertragspreisen die Unkosten nicht mehr decken und stellten die Lieferungen ein. In neuen Verhandlungen gelang es, auf der Basis von Goldmark neue Lieferungsverträge abzuschließen. Außer diesen Schwierigkeiten stellten sich andere infolge der Handhabung der Annahmeverbindungen durch die Vertreter der alliierten Länder ein, die härtere Anforderungen stellten, als nach den Protokollen vorgesehen war. Die deutschen Lieferanten weigerten sich, unter diesen Umständen ihre Lieferungen fortzusetzen, andere jagten die Angebote zurück. Trotz dieser Schwierigkeiten ist es gelungen, bis zum 15. November den Schwellenbedarf für Belgien vollkommen sicherzustellen; auch die Schmittholzlieferungen für Frankreich sind aufgebracht, und die für England vorgesehene Probeflieferung von 10 000 Kubikmeter wird bis zum Ende dieses Jahres erfüllt werden. Die außerdem angeforderten 70 000 Schwellen sind bereits abgeliefert. Ungünstiger liegen die Verhältnisse bei den Telegraphenleitungen, weil die von den alliierten Ländern geforderten Abmessungen eine besondere Ausfertigung des in Deutschland handelsüblichen Materials erforderlich machten. Auch die strenge Durchführung der für die Imprägnierung vorgesehenen Bedingungen hat dazu geführt, daß ein größerer Posten Telegraphenleitungen nicht zur Ablieferung gelangen konnte. Bei der Lieferung von Grubenholz entstanden ebenfalls Schwierigkeiten, weil die im Januar gestellte Anforderung von Langholz am 24. März auf Grubenholz, lieferbar in kurzen Stempeln, umändert wurde. Die Erzeugungsmöglichkeit aus dem Einschlag 1921/22 für diese kurzen Stempel war um diese Zeit bereits vorüber, sodas zur Erzeugung der erforderlichen Quantitäten der am 1. Oktober ds. Js. begonnene neue benutzt werden mußte. Das Lieferungsprotokoll vom 24. März trägt dieser Notwendigkeit Rechnung, indem es die Lieferfrist bis Ende Februar 1923 festsetzt. In Italien müssen noch 65 000 Kubikmeter Schmittholz geliefert werden. 30 000 Kubikmeter waren bereits durch einen von der italienischen Regierung genehmigten Vertrag von einer deutschen Firma angekauft worden. Nachträglich forderte aber der Wiesbadener italienische Abnahmehelfer eine Veränderung der vorgesehenen Abnahmeformalitäten, die zu erfüllen die deutsche Firma sich weigerte. Unter Berücksichtigung dieser Schwierigkeiten hat die deutsche Regierung um eine Verlängerung der Uebergabe- und Lieferungszeiten bis zum 1.

Trübe Aussichten für die Pariser Konferenz.

M. London, 29. Dezember.

Die Ansicht ist hier allgemein, daß der Mehrheitsbeschluß des Wiederherstellungsausschusses die an sich geringen Aussichten der Pariser Konferenz auf ein Minimum zusammenschraubt. Hier ist bekannt, daß Poincaré auf diesen Beschluß die weitgehendsten Beschlüsse und Folgerungen gründen wird. Aber man zweifelt, daß ihm Italien und Belgien darin folgen werden. England bestreitet die ganze französische Auslegung des Paragraphen 10, Anhang 2 und dürfte eine autoritative Auslegung beantragen. England bestreitet ferner den Frankfurter Anspruch auf das Recht, Strafen, welche die Entscheidungen des Ausschusses einzuschließen vermögen, festzusetzen in einem Fall, wo der Ausschuss die vorgesehenen Strafen selbst bestimmte.

Mussolini wird energisch.

Paris, 28. Dezember.

Aus Rom wird der „Chicago Tribune“ gemeldet: Mussolini richtete eine Note an das englische und französische Außenministerium, in der erklärt wird, daß er sich auf der Pariser Konferenz am 2. Januar nur einfinden wird, wenn Frankreich und England ihm die Zusage geben, daß das Reparationsproblem ein für allemal gelöst wird. Es wird weiter darin ausgeführt, daß die europäischen Staatsmänner ihre Ansicht kundgeben müssen; denn die Epoche der fruchtlosen Konferenzen müsse zu Ende sein. Der Note ist ein italienisches Memorandum in der Reparationsfrage beigelegt, das unter anderem die italienische Forderung nach reichlicher Beseitigung mit deutscher Kohle enthält.

Englische Vorbereitungen für den 2. Januar.

Paris, 29. Dezember.

Ueber die Vorbereitungen zur Pariser Konferenz der englischen Regierung teilt der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“ mit, daß von dem Premierminister, dem Schatzminister und den Sachverständigen Vorschläge ausgearbeitet werden, die sich auf eine deutsche Finanz- und Münzreform, auf die Bedingungen einer deutschen und einer internationalen Anleihe beziehen, sich also auf der Basis derjenigen Maßnahmen bewegen, die in den Augen der englischen Regierung eine Anwendung der Pfänderpolitik überflüssig machen könnten. Im Gegensatz zu diesen Meinungen der französischen Presse habe die englische Regierung nicht die Absicht, der französischen Regierung ihre Vorschläge vor der Pariser Konferenz mitzuteilen.

Der Kampf um das Petroleum.

England lehnt die Räumung von Mossul ab.

Lausanne, 28. Dezember.

Die englische Abordnung beantwortete die letzte türkische Denkschrift über die Mossul-Frage. Auf Grund eingehender ethnographischer, historischer, wirtschaftlicher und strategischer Beweismittel weist sie die türkischen Darlegungen zurück und betont vor allem, daß die englischen Truppen, nachdem sie seit dem freigelegten Ausgange des Krieges das Gebiet von Mossul besetzt halten, unter keinen Umständen die Bewohner wieder der türkischen Herrschaft ausliefern könnten. Das Gebiet gehöre zum Königreich Irak, über das England vom Völkerbund das Mandat erhalten habe. Alles, was England zubilligen könne, sei eine leichte Grenzregulierung im Norden.

Die Konferenz von Lausanne, die nun schon seit Wochen tagt, wird mit ihrer Arbeit wahrscheinlich in diesem Jahre nicht mehr fertig werden. In der Meerengenfrage, in der Minderheitenfrage und in der Frage der Kapitulationen wurde eine Einigung noch nicht erzielt. Aber das Hauptinteresse ist seit einer Woche auf die Frage der Zugehörigkeit des Gebiets von Mossul gerichtet. Die türkischen Delegierten behaupten, Mossul sei ein integrierender Bestandteil der Türkei. England stellt die These auf, Mossul sei unabhängig und hat zur Befruchtung die Sprach- und Geschichtsforscher aufmarschieren lassen, die denn auch prompt den Nachweis erbringen, daß die Bevölkerung Mossuls haldärischen und assyrischen Ursprungs sei und also mit den Osmanen nicht das geringste zu tun habe. Dem Unbereitsigen erscheint dieser Streit wie ein Possenspiel; England ist es aber blutiger Ernst.

Mehr noch als die Meerengenfrage ist die Frage von Mossul eine Kernfrage für den britischen Imperialismus. Mossul an der Flanke der mesopotamischen Tiefebene ist zugleich Einmarschgebiet in die britische Schutzsphäre und ein wichtiges Erdölgebiet.

Man darf damit rechnen, daß Frankreich auch in dieser Frage die Finger im Spiel hat und daß es seine england-feindlichen Einflüsse Remal gegenüber zur Geltung bringt. Je mehr England im Orient an Boden verliert, desto stärker wird die Position Frankreichs im Orient sowohl als in Europa. Die Ruhe- und Machtigkeit Frankreichs hat festen an irgendwelchen Grenzen Halt gemacht, wenn die Situation günstig war. Selbst nur, wie unelastisch und energielos der Kampf des heutigen England nach dieser Seite hin ist, die für England von Monat zu Monat mehr eine ernste Gefahr zu werden droht.

Dollar 7400.

Erfüllung — Verheißung.

Die Bedeutung eines Jahres für die geschichtliche Entwicklung wird nicht in seinen letzten Tagen, sondern meist nach Jahrzehnten richtig beurteilt. Erst die Distanz läßt das wirklich Bedeutsame eines Zeitraumes vor dem Unbedeutenden hervortreten. Wie wäre wohl im Jahre 1903 ein deutscher Schriftsteller verlacht worden, der, zurückblickend auf das Jahr 1902, geschrieben hätte, daß dieses Jahr die Katastrophe Deutschlands besiegelt habe. Und doch war dem so. England hatte damals seinen letzten Versuch gemacht, mit Deutschland in ein freundschaftliches Verhältnis zu kommen; an dem Größenwahn Wilhelms, an den von Tirpitz inspirierten Flottenplänen, war auch dieser Versuch gescheitert. Damit entschied sich Englands Politik. Es trat auf die Seite der Gegner Deutschlands und begann die Einkreisung, die 1914 unser Verhängnis wurde. Aber wer in den Neujahrsartikeln des Jahres 1903 blättert, findet kaum ein Wort über diese Wendung des Schicksals. Die wenigsten Deutschen haben überhaupt die Außenpolitik verfolgt, — noch heute dürften neun Zehntel der Bevölkerung nicht wissen, daß das „perfidie Albion“ jahrelang eifrig um die Freundschaft Deutschlands geworben hat. Und die etwas von den Dingen wußten, haben ihre Bedeutung nicht erkannt. Ihnen schien anderes weit wichtiger, was inzwischen längst vom Strudel der Ereignisse verschlungen ist.

Wird heute ein Politiker verlacht werden, der das hinter uns liegende Jahr 1922 als ein Jahr des Aufstiegs bezeichnet? Es ist anzunehmen. Wie — wird man ihm entgegenrufen — hast Du ganz vergessen, daß in diesem Jahre der Wert der deutschen Mark, von Anfang bis Schluß berechnet, auf den vierzigsten Teil gefallen ist? Hast Du vergessen, daß in diesem Jahre die Bevölkerung unter entsetzlicher Teuerung, Not und Mangel gelitten hat? Daß die Entente neue Pressungen auf uns ausgeübt hat? Daß reaktionäre Mörderorganisationen eine Tätigkeit wie nie zuvor entfaltet?

Alles richtig — und doch... Das Beispiel des Jahres 1902 sollte gezeigt haben, daß Wohlstand und Ruhe trügen, einen rapiden Abstieg noch auf Jahre hinaus maskieren können. Sollte es nicht auch umgekehrt möglich sein, daß sich unter der Fassade der Armut und des Glends aufstrebende Kräfte entwickeln? Es ist möglich und — wir glauben sogar sagen zu können — es ist geschehen. Vielleicht wird der Geschichtsschreiber von 1950 unter allgemeiner Billigung den Satz niederschreiben: Damals, im Jahre 1922, begann dank der konsequenten und entschiedenen Erfüllungspolitik das Schicksal Deutschlands seine erste Wendung zum Besseren anzunehmen.

Wir erleben bereits Symptome. Sie sind so stark, daß eigentlich niemand in Deutschland — trotz agitatorischer Phrasen der Radikalen rechts und links — eine Abkehr von dieser Politik wünscht. Als das Kabinett Wirth 1921 die Erfüllungspolitik inaugurierte mit der Begründung, daß nur so die Befreiung des Ruhrgebiets zu verhindern sei, erklärte der Führer der Deutschnationalen, Herr Hergt: Die Befreiung des Ruhrgebiets kommt doch, so oder so. Sie ist bisher nicht gekommen, und der Repräsentant der französischen Anneziopolitik, Herr Poincaré, hat noch kurz vor Jahresabschluss die Erklärung abgegeben müssen, daß er diese Befreiung niemals beabsichtigt habe. Natürlich ist das nicht richtig. Herr Poincaré spielt ein wenig die Rolle des Judas, dem die Trauben zu sauer sind. Daß er die Befreiung nicht vollziehen konnte, daran hat ihn nicht sein eigener Wille, sondern die deutsche Erfüllungspolitik gehindert. Wären wir den deutschnationalen Rezepten gefolgt, so hätte sich gegenüber den französischen Befreiungsplänen auch nicht eine Stimme in der Welt für Deutschland erhoben. So hat das Veto Englands und Amerikas den französischen Säbel in die Scheide gebannt.

Deswegen hängt unser Zukunftshimmel nicht voller Geigen. Der Erfüllungsweg ist, wie von Anfang an betont wurde, rauh und hart, und er wird es auf absehbare Zeit bleiben. Aber es ist doch ein großer Erfolg, da heute die vor Jahresfrist heiß umstrittene Forderung eines Moratoriums und einer Anleihe für Deutschland kaum mehr nach der Seite des „ob“, sondern fast nur nach der Seite des „wie“ diskutiert wird. Die Notwendigkeit von Moratorium und Anleihe bestreitet ernsthaft kein Mensch.

Die Lösung dieses Problems wird sich nicht glatt vollziehen, aber es ist ihr so weit vorgearbeitet, daß man sie für das kommende Jahr erhoffen kann. Moratorium und Anleihe bedeuten nach innen hin Stabilisierung der Mark und Aufhören der katastrophalen Valutaschwankungen. Freilich werden auch damit noch keine goldenen Zeiten beginnen. Alle Länder, die bisher ihre fallende Valuta stabilisierten, mußten eine schwere Uebergangskrise der Arbeitslosigkeit und Teuerung durchmachen. Diese Krise wird auch Deutschland nicht erspart bleiben. Mit dieser Krise wird aber sofort auch die Reparationsfrage in Deutschland aktuell werden. Das Problem, Millionen Entlassene durch die Krise hindurch zu erhalten, dieser riesigen Heerarmee nicht nur Unterstützung, sondern vor allem Arbeit zu geben, kann nur von einer Regierung gelöst werden, in der die Sozialdemokratie maßgebenden Einfluß besitzt.

Das soll nicht heißen, daß die Sozialdemokratie suchen müßte, sich mit allen Mitteln in die Regierung wieder hin-

einbringen, am wenigsten auf dem Wege der Unterwerfung unter vollstänbliche Diktate. Die Entwicklung der Dinge wird uns selber das Steuer in die Hand zwingen; ob es den bürgerlichen Partnern genehm ist oder nicht.

Solange freilich die Sozialdemokratie in Opposition steht, muß sie ihr besonderes Augenmerk darauf richten, daß die Sicherheit der Republik unter der bürgerlichen Regierung keinen Schaden erleidet. Die Meuchelorde, die Geheimbünde, die Entwicklung eines deutschen Faschismus im jüngernden Bayern, sind Warnungssignale genug. Die Arbeiterklasse hat aus der Entwicklung gelernt, daß Einigkeit, Geschlossenheit und Organisation die besten Abwehrmittel gegen reaktionäre Versuche sind. Insofern hat das Jahr 1922 ein Ereignis gezeitigt, das höher zu werten ist als die Gesetze zum Schutze der Republik: die Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien. Wenn jede reale Macht ein Stück Verfassung ist, so bedeutet diese Wiedervereinigung ein Stück Republik mehr. Aber auch die Schutzesetze wollen wir nicht ganz unterschätzen. Der Römer Sallust beschrieb den jugurthinischen Krieg, der ein Krieg war wie hundert andere, die Rom geführt hat, nicht der kriegerischen Ereignisse wegen, sondern „weil damals zuerst dem Hebertum der Aristokratie entgegengetreten wurde.“ So wiegt in den Schutzesetzen mehr als ihr positiver Inhalt die Tatsache, daß mit ihnen zuerst die offizielle Republik in entscheidende Kampfstellung gegen monarchistische Restaurationsversuche getreten ist. Daß der Inhalt der Gesetze an sich zu wenig war, verzeihen wir nicht.

Deswegen gehen wir den Kämpfen, die uns in Deutschland noch um die republikanische Staatsform bevorstehen, keineswegs mit schlottenden Knien entgegen. Das Proletariat kämpft nicht, wie die Feldherren des Weltkrieges, „mit der Uhr in der Hand“. Für das Proletariat heißt es nicht: einen Atemzug länger aushalten als der Gegner oder rettungslos untergehen. Es gleicht dem Riesen Antäus, der aus jeder Niederlage neue Kraft schöpft. Der Kapitalismus kann das Proletariat nicht vernichten, ohne sich selber damit zu töten. Im Gegenteil, durch seine eigene Entwicklung muß er es immer größer und härter machen. Darin liegt die Gewißheit des endlichen Sieges, den Niederlagen und Rückschläge aufhalten, aber nicht verhindern können. Was bedeutet solcher Entwicklung ein Jahr? Staut man sie wirklich zurück, so wird sie hernach um so reißender durchbrechen.

Alles, was wir uns in einzelnen vom neuen Jahr vorstellen und wünschen, kann falsch sein und fehlschlagen. Aber eins wird richtig sein und muß richtig bleiben: daß auch dieses Jahr für den endlichen Sieg des Proletariats und damit für den Sieg der Gerechtigkeit und des Friedens auf Erden neue Grundlagen in seinem Schutze vorbereitet. Und das wird um so richtiger sein, je mehr jeder einzelne als organisierter sozialdemokratischer Kampfgenosse an der Zukunft mitwirkt. Für uns heißt jedes Jahr das nämliche: ein Jahr Entwicklung zum Sieg!

Was will Frankreich?

Ismaïl über Frankreichs Ziele.

Das Berliner Tageblatt veröffentlicht eine Serie von vertraulichen Telegrammen, die der damalige russische Botschafter in Frankreich, Ismaïl, am 20. September 1914 von Sankt-Petersburg aus an den russischen Außenminister Sazonow richtete. Ismaïl beruht sich auf eine persönliche Unterredung mit dem französischen Außenminister Delcasse und spricht die Überzeugung aus, daß zwischen Frankreich, Rußland und England hinsichtlich der Kriegsziele keine Meinungsverschiedenheit bestehe. Frankreich wolle u. a. die Rückkehr zum Status quo vorzuziehen. Es heißt es dann weiter:

„Sobald möglich das hauptsächlichste Ziel Frankreichs — und in dieser Hinsicht sind alle drei verbündeten Mächte durchaus einig — darin, daß das Deutsche Reich vernichtet und die militärische und politische Kraft Frankreichs sowie mit möglichem Geschwindigkeit wieder hergestellt werden. Man muß die Sorge haben, daß die einzelnen deutschen Staaten hieran selbst interessiert sind.“

Die Fortsetzung dieser Mitteilung über den Botschafter „Streng vertraulich“ und lautet in ihrem Hauptteil:

„Hierbei beruht sich Delcasse auf die Verhandlungen, die in Petersburg im Jahre 1913 stattgefunden haben, und hat insbesondere die Aufmerksamkeit auf die Forderungen zu lenken, daß die Forderungen und Wünsche Frankreichs dieselben geblieben sind, mit Ausnahme des Wunsches, die politische und diplomatische Kraft Deutschlands zu vernichten.“

Aus den vertraulichen Mitteilungen Ismaïls geht vor allem hervor, daß die französische Regierung bereits im Jahre 1914 die militärische, politische und wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands als ihr Hauptziel betrachtete. Weiter behauptet sie, daß schon im Jahre 1913, also ein Jahr vor Kriegsausbruch, zwischen Rußland und Frankreich Abmachungen über die Forderungen stattfanden, die man dem besiegten Deutschland nach dem Kriege stellen wollte. Damit ist ein neuer Beweis dafür erbracht, daß die damalige französische und russische Regierung zum mindesten in demselben Maße wie die kaiserliche Regierung Deutschlands auf den Krieg hinausarbeitete. Präsident der französischen Republik war damals Poincaré. Man braucht demnach über die „Wunderpolitik“ des jetzigen Ministerpräsidenten Poincaré nicht erstaunt zu sein.

Die Arbeitslosenfrage in England.

London, 22. Dezember.

Die Leitung des Gewerkschaftsverbandes hat vorzuschlagen, daß innerhalb 14 Tagen eine Zusammenkunft mit Bonar Law abgehalten werden soll, um die Behandlung der Arbeitslosenfrage zu besprechen. Die Führer der Arbeitslosen treffen Vorbereitungen für Kundgebungen in London und der Provinz am 7. Januar 1923, um die Einberufung des Parlaments zu erreichen.

Genau hat keine Zeit.

SPD. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen wurden am Donnerstag vom Reichsminister empfangen. Genau erklärte, daß er bisher keine Zeit gehabt habe, die Gewerkschaften zu hören, blieb dem Gewerkschaften auf die fünf gestellten Fragen aber jede positive Antwort schuldig. Seine Mitteilungen betrafen in allgemeinen Redensarten, enthielten nichts Neues und kennzeichneten die mangelhafte Regierungskunst dieses kaiserlichen Kabinetts.

Die Notlage der Beamten und Staatsarbeiter.

Die wachsende Erregung über die unzureichende Aufschüttung der Löhne und Gehaltsbezüge der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Reiches, der Länder und der Gemeinden im Monat Dezember hat in den verschiedenen Bezirken die Gewerkschaften beunruhigt. Die Vertreter der Spitzenorganisationen, die

bekanntlich schon bei den letzten Verhandlungen in der Zeit vom 11. bis 13. und außerdem erneut am 19. Dezember die Regierung auf diese Gefahr hingewiesen hatten, traten am 28. Dezember zu einer weiteren Aussprache zusammen, um zur augenblicklichen Situation Stellung zu nehmen. Nach sorgfältiger Prüfung aller Umstände wurde der Beschluß gefaßt, der Reichsregierung, dem Reichsfinanzministerium, dem Reichsverkehrsministerium und dem Reichspostministerium eine schriftliche Eingabe zu übermitteln, in der es u. a. heißt: „Die Organisationen ersuchten aus den Kreisen ihrer Verwaltungsstellen und Funktionäre viele Hunderte von Protestschreiben, die erkennen lassen, daß eine hochgradige Erregung, wie sie nie zuvor bestanden hat, allenthalben vorhanden ist. Die weitergehende Teuerung hat die vorhandene Notlage bis zur Unerträglichkeit gesteigert, und die ablehnende Haltung der Regierung, die Dezemberbeschlüsse nach dem Wunsch der Organisationen einer Revision zu unterziehen, hat den Unmut des Personals noch beträchtlich erhöht.“ Die Reichsregierung wird ersucht, mit größter Beschleunigung neue gemeinsame Verhandlungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter über eine zeitgemäße Neuregelung der Bezüge anzufangen.

Es darf erwartet werden, daß die Reichsregierung dem Verlangen der Spitzenorganisationen schleunigt stattgibt, andernfalls dürfte es den Gewerkschaften auf die Dauer nicht gelingen, die drohende Streitgefahr zu bannen.

Unzufriedenheit der Zentrumsarbeiter.

SPD. Die im Späthommer dieses Jahres erfolgte Rechtsentwicklung des Zentrums hat in dieser Partei, besonders unter ihren zahlreichsten Arbeitern, lebhaften Beunruhigung hervorgerufen. Die christlichen Arbeiter sind nicht damit einverstanden, daß im Zentrum der Wille der Industrie ausschlaggebend und der rechte Pfad führend ist. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Republikaner Girardier, der als Vertreter des Zentrums das preussische Wirtschaftsministerium leitete, vor allem bei seiner Wohnungspolitik den härtesten Widerstand der Zentrumskapitalisten findet. Einflußreiche Kreise sind am Werke, diesen Minister zu stürzen, der es nicht als seine Aufgabe betrachtet, die Interessen einer Gruppe, sondern die des ganzen Volkes zu verwahren. Girardier ist der Vertrauensmann der in der Zentrumspartei organisierten Arbeiter, und ganz offenbar wurde er innerlich gegen den Willen des rechten Flügel der preussischen Landtagsopposition für den Ministerposten präsentiert. Diese Tatsachen: Republikaner und Vertreter der Arbeitererschaft gerieten dem sozialindustriellen Flügel des Zentrums gegen den Willen der eigenen Partei zu intrigieren und seine Erregung durch eine Persönlichkeit anzustreben, die bereit ist, Volkswirtschaft nach den Meinungen des — Unternehmens zu machen. Die christlichen Arbeiter sind naturgemäß entsetzt über diese Pläne. Die „Reichsdeutsche Arbeiterzeitung“, das Organ der sozialistischen Arbeiter- und Anhangsvereine Westdeutschlands, hat sich bereits in mehreren Artikeln entsetzt gegen die Absichten der Intriganten ausgesprochen. Sie wendet sehr eindringlich darauf, denen zu folgen, die aus Klassenempfinden gegen die Arbeitererschaft es auf ein Biegen oder Brechen ankommen lassen wollen.“ Weiter schreibt sie: „Wir warnen vor Machtpöbeln. Wir warnen auch davor, die Arbeiter etwa überlisten zu wollen. Gewinne, die aus solchen Methoden kommen, sind meistens keine Gewinne. Die Arbeitererschaft empfindet ohnehin sehr deutlich, daß die soziale Reaktion an Boden gewinnt. Es wäre schmerzhaft für sie, wenn sie eines Tages feststellen müßte, daß auch in der Zentrumspartei der soziale Geist sich verflüchtigt.“ Aus diesen Ausführungen des sozialistischen Arbeiterorgans kann man die Erregung ihrer Anhänger über die jetzige Politik des Zentrums wahrnehmen und die Hoffnung schöpfen, daß es den Arbeitern gelingen wird, die Absichten des Zentrums, auf die Seite der Gegner der Republik und der Demokratie zu ziehen, zu vereiteln.

Nationale und Völkische unter sich.

SPD. Am 21. Dezember fand in Halle eine Zusammenkunft der „Deutschvölkischen“ Partei, in der Abg. Hennig über die Gründung der Deutschvölkischen Freiheitspartei und deren Notwendigkeit referierte. Als charakteristisch für den sozialnationalen Ausschlag der Deutschvölkischen aus der Deutschnationalen Partei führte er die Ausherrung eines Herrn Schimmelmann an, der erklärt hat: „Wenn nicht endlich die Völkischen rausgeschmissen werden, dann bekommt die Deutschvölkische Partei den Industriekeinen Pöbel mehr.“ Die heutige Regierung bezeichnete Hennig als ein „geringfügiges Verbrechen“, das nur zu überwinden sei, wenn man nach Bayern läge und sich die Daten der Herren Kunze und Hilfer zum Vorbild nehme.

In der Diskussion wurde bedauert, daß keine Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei anwesend sind, „der man doch so manches ins Gesicht schleudern müßte.“ Ein Landwirt richtete an seine Berufsgenossen den Appell, „nichts an das Judentum zu verkaufen“. — Im Schlußwort richtete Major Hennig scharfe Angriffe gegen den Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei, der es den deutschvölkischen Abgeordneten verbot, Versammlungen abzuhalten, weil die Völkische „von der völkischen Idee nichts wissen“ wolle. Mancher Kommunist würde sich — so erklärte Herr Hennig — können, mit solchen Mitteln zu arbeiten, die die Deutschvölkische Partei gegen uns in Anwendung gebracht hat. Herr Hennig erzählt u. a. auch folgende Geschichte: „Bei einem Zusammensein im „Deutscher Garten“ zu Berlin gab es eine Auseinandersetzung über den Krieg, und plötzlich lärmte ein Herr Graefe-Anflam in regelhafter Weise zu unserem Tisch herüber und sagte: „Nicht die Juden, sondern die Offiziere sind am Zusammenbruch Deutschlands schuld. Von Hindenburg an waren sie alle Sch... er und politisch unzureich.“ Diese Zeugung soll Herg mit der angeblichen Trunkenheit von Graefe-Anflam einverstanden haben. Desprophet wurde, daß Graefe sein Amt als Geschäftsführer niederlegen müsse, jetzt aber ist dieser Mann sogar noch dabei.“

Zur Frage der Staatsform erklärte der Redner: „Es kann uns gleichgültig sein, ob Monarchie oder Republik, die Staatsform wird sich ergeben, wenn wir eine völkische Regierung haben.“ Auf die Frage, ob man als Mitglied der Nationalsozialisten auch gleichzeitig Mitglied der Völkischen Partei sein könne, antwortete er: „Reichen Sie bei Ihrer Organisation und würden Sie in völkischen Sinne. Wir wollen den einzelnen Verbänden nicht ihre Mitglieder abziehen, sondern die Gesamtorganisationen zu vergrößern.“ Die Einzelorganisationen finden, falls man sie nicht, zeigen bei uns Unterstützung.“ Kurzlich dankt Herr Hennig sich an einen Pöbel, aber demnach angeregt er: „Wir müssen uns organisieren und nicht darauf verzichten, unsere Forderungen zu setzen. Wer es wagt, unsere Versammlungen zu stören, der ist ein Feind, kriegt Dreck.“ Wenn bei einem Streik Arbeitswillige durch die bezahlten roten Streikposten belästigt werden, dann sollen sie durch einige unserer Handwerker vor diesen Schmutz gekehrt werden.“

Zum Schluß wurde dem Sozialismus und dem Kommunismus heftige Rede angedient. Der alte Frontgeist müsse wieder aufleben und die soziale Volksgemeinschaft unter Zurücklassung aller persönlichen Interessen hergestellt werden. — Es müßte sich, zu bringen, daß die Erbschaftspolitik schärfste Abgrenzung sein.

Einreiseregulierungen für das besetzte Gebiet.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die Vorschriften ihrer Bestimmungen über die Einreise in das besetzte Gebiet in einem einzigen Text zusammengefaßt und gewisse Vorschriften betr. den Verkehr von Angehörigen der an der Besetzung teilnehmenden Mächte geändert. Personen, gleich welcher Staatsangehörigkeit über 14 Jahre müssen, sofern sie im besetzten Gebiet wohnen, mit einem von der zuständigen deutschen Behörde ausgestellten und visierten Personalausweis mit Lichtbild versehen sein. Deutsche Staatsangehörige über 16 Jahre, die im unbesetzten Gebiet wohnen, bedürfen zur Einreise eines Personalausweises solcher Art oder eines Passes. Die Staatsangehörigen der alliierten Mächte über 16 Jahre dürfen nur einreisen, wenn sie im Besitze eines Passes oder eines Gesellschafters nach den Vorschriften der beteiligten Regierung sind. Sie sind bei ihrem Aufenthalt in den besetzten Gebieten zur Beobachtung der deutschen gesetzlichen Vorschriften für Reisende verpflichtet. Deutsche Staatsangehörige, die aus dem Auslande kommen, müssen ebenso wie die Angehörigen anderer als der an der Besetzung beteiligten Nationen im Besitze eines von ihren heimischen Behörden ausgestellten und visierten Passes sein, der innerhalb zwei Tagen nach der Einreise der zuständigen deutschen Behörde zum Visum vorgelegt werden muß. Auch diese Reisenden haben sich nach den Vorschriften des deutschen Gesetzes zu richten. Wer seinen Wohnsitz im besetzten Gebiet nehmen will, hat einen schriftlichen Antrag an die deutsche Behörde des in Frage kommenden Ortes einzulegen, die die vorgeschriebene Genehmigung erteilen kann und innerhalb drei Tagen dem Kreisdelegierten der Interalliierten Rheinlandkommission ihre Entscheidung mitteilen muß. Aktive deutsche Militärpersonen dürfen nur mit besonderer Genehmigung der militärischen Besatzungsbehörden einreisen und müssen sich innerhalb 24 Stunden nach ihrer Ankunft beim Kreisdelegierten der Rheinlandkommission melden. Innerhalb des besetzten Gebietes darf niemand eine deutsche militärische Uniform, die Uniform der Schutzpolizei, ein deutsches militärisches Ausrüstungsstück, Erkennungsabzeichen oder deutsche militärische Abzeichen ohne besondere Erlaubnis des Armeekommandanten tragen.

Republikanischer Geschichtsunterricht.

Nach verschiedenen anderen Kostproben aus Schullestbüchern, wie sie längst nach dem Sturz der Hohenzollern in Breußen noch gedruckt und verwendet werden, sei auch eines aus Schleswig-Holstein amgemerkt. Das in den Schulen dort gebrauchte „Unterländische Lesebuch“ (Alberti und Sach) Ausgabe für die Volksschule, gedruckt 1920, enthält eine umfangreiche Schilderung: „Ein Arbeiter aus unserem Reich.“ Sie lautet:

„Es schlägt 7 Uhr. Der Kaiser tritt heraus aus seinem Ankleidezimmer. Obgleich es noch winterlich dunkel ist, ist der Kaiser doch schon um sechs aufgestanden. Das erste Frühstück wird im Salon der Kaiserin eingenommen. Im Kaiserhaus ist's also nicht wie in so mancher andern Familie, wo der Hausherr seinen Kaffe allein trinkt, weil die gnädige Frau noch ruht. Nein, die Kaiserin läßt's sich nicht nehmen, diese stille Morgenstunde, auch wenn sie zuweilen auf fünf und sechs fällt, mit ihm zu teilen.“

So geht es weiter. Immer dicker und süßlicher wird die Marmelade aufgetragen. Neben dem vorbildlichen Verhältnis des Kaisers zu seiner Gattin wird seine ungeheure Arbeitsleistung geschildert. Am Schluß heißt es:

„Wirkliche Ferien hat der Kaiser niemals. Auf Jagden und in die Manöver bringen Kulis die gefüllten Arbeitsmappen. — Die Arbeitskraft und Arbeitstreue unseres kaiserlichen Herrn geht weit über das gewöhnliche Maß hinaus. Unser Kaiser ist nicht nur der „erke Diener des Staats“, sondern auch der am meisten beschäftigte.“

Vielleicht überlegt sich so ein preussischer Schulfürer beim Lesen und Lernen dieses Gemäches, daß es dem Er-Mex doch eigentlich recht schwer geworden ist, Deutschland ins Unlück hineinzureiten. Man sollte aber der Jugend auch noch heibringen, mit welchem Eifer und welcher Frigidität Wilhelm kasüliert, andauernd das Kostüm gewechselt, seinen „Es-ist-erreich“-Bart gestriemelt, törichte Reden geschwungen und allerlei Feinde „erschämehert“ hat! Die Liebe der jungen Republikaner zu „unserem kaiserlichen Herrn“ müßte dadurch — zur Freude jedes republikanischen Unterrichtsministers — ins Grenzenlose wachsen.

„Seine Majestät und Ihre Majestät.“

Wie der W. a. M. aus Baden geschrieben wird, traf in einem Erholungsheim, unweit des Kurortes Badenweiler, eine „allerhöchste“ Mitteilung aus Doorn folgenden Inhalts ein:

„Seine Majestät der Kaiser und Königin und Ihre Majestät die Kaiserin und Königin lassen für das treue Gedenken bestens danken.“

Haus Doorn. Im allerhöchsten Auftrage

gez. Graf Moltke.“ Aus der huldvollen Dankagung geht nicht hervor, ob die „Allerhöchsten“ davon Kenntnis hatten, an wen sie sich wenden. Es handelt sich um etliche weibliche Dienstboten des Marzeller Erholungsheims, die sich den Scherz leisteten, eine Gratulationskarte nach Doorn loszulassen. Ihr Vermögen über den erfolgreichen Versuch, einen Lichtstrahl majestätischer Huld in ihre Schäre herabzulassen, soll groß gewesen sein. — Seit Jahrhunderten waren die Untertanen nur zum Spaß für ihre Landesherren da — warum sollen sie sich nun nicht auch einmal einen Spaß mit diesen leisten?

Ländliche Wälder.

Die lumpige Papierwälder scheint der biederen Landbevölkerung, wenn sie unter sich ist, kaum mehr zu imponieren. So erklärt sich folgendes Inserat in der „Brieger Zeitung“:

Achtung! TschäpLOWIK. Sonntag. Achtung!
Airmes-Kränzchen.
Eintritt pro Person 2 Eier.
— Herren mit 3 Eiern haben eine Dame frei. —
Auch wird Speck und Butter in Zahlung genommen.
Anfang 8 Uhr.
Es laden freundlich ein:
Der Wirt.
Die Besorgung des Großbestandes — Herren mit 3 Eiern haben eine Dame frei — hat der agrarischen Gemütsfreiheit hauptsächlich keinen Abbruch getan.

Die Berliner „Note Rahne“ sieht sich gezwungen, vom 1. Januar 1923 ab das Abendblatt einzustellen. In einer Rundgebung an die Leser erklärt das Blatt, aus der Aenderung seiner Erscheinungsweise könne nicht geschlossen werden, daß die Kommunisten bankrott sind. Es sei „leider“ nicht mehr, daß sie aus Moskau Millionenzuschüsse für ihre Zeitungen erhalten. — Darf man fragen, seit wann diese Millionenzuschüsse nicht mehr zur Verfügung stehen? Vor einiger Zeit wenigstens bekam man monatlich noch eine ganz stattliche Anzahl von Millionen. Offenbar aber sind die deutschen Kommunisten in Unnade gefallen, und jetzt, da der Rubel nicht mehr rollt, zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit, wie bankrott sie in der Tat sind.

Uebrigens muß auch die deutschnationale Presse einen neuen Verlust melden. Der parteiamtliche Organ, die „Deutschnationale Partei-Korrespondenz“, stellt mit Ablauf dieses Jahres das regelmäßige Erscheinen ein.

Gewerkschaften gegen Steuerrecht.

72 % Anteil des Lohnabzugs am gesamten Steuerertrahmen.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben dem Reichstag am 23. Dezember d. J. eine Denkschrift zur Einkommensteuer unterbreitet, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, auf Grund der ihr im Einkommensteuergesetz erteilten Vollmacht sofort in Gemeinschaft mit dem Steueraus- schuß des Reichstages die Erhöhung der Werbungskosten und son- stigen Steuerabzüge für die Lohn- und Gehaltsempfänger herbei- zuführen. Die Gewerkschaften begründen gleichzeitig die Dring- lichkeit einer grundlegenden Reform im Eingehungsverfahren der Einkommensteuer von den sogenannten Veranlagungspflichtigen in der Richtung, daß auch bei den Besitzenden künftig der Tag der Steuerzahlung und damit der tatsächliche Geldwert maßgebend sein muß für die Höhe des zu entrichtenden Geldbetrages. Die Denkschrift, die dem wachsenden Unwillen der arbeitenden Volks- schichten über das Steuerrecht Ausdruck verleiht, hat folgenden Wortlaut:

„Die jüngsten Verhandlungen des Reichstages über die Ein- kommensteuer veranlassen uns, der Reichsregierung und dem Steueraus- schuß des Reichstages folgenden Antrag zu unter- breiten:

„Es ist auf Grund § 46 Abs. 8 des Gesetzes zur Änderung der Einkommensteuer vom Dezember 1922 mit Wirkung vom 1. Februar 1923 eine Neusetzung der Abzüge der Lohnsteuer- pflichtigen zur Einkommensteuer vorzunehmen.

Begründung:

Nach den Wochenanzeigen der Reichsbank vermehrt sich der Notenumlauf unter dem Druck der fieberhaft steigenden schweben- den Schuld des Reiches immer heftiger. Zum Teil beruht dieser Zwang zur Inflation darauf, daß gegen den schleppenden Steuerertrag nichts Ernsthafes unternommen wird. Die Ge- werkschaften aller Richtungen fordern nicht erst seit heute, daß die Reichsregierung durchgreifende Schritte unternimmt, die die beschleunigte Einziehung aller Steuern, insbesondere aber der Einkommensteuer der sich selbst einschätzenden, gewähr- leisten.

Neben der Gefahr, daß die inflationistische Wirkung der schleppenden Steuereinzahlung in der Welt als deutsche Böswilligkeit erscheint, muß das Versagen der Steuererhebung gegenüber den leistungsfähigsten Schichten die Reichsfinanzen zerrütten. Damit wird auch die Wirtschaft zerstört; die Preise gehen in die Höhe, die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten wird geschwächt, die zur Wirtschaftskrise treibenden Strömungen werden begünstigt, alle Versuche der Stabilisierung der Mark müssen dann scheitern.

Die Steuererhebung, in Zeiten leidlicher Stetigkeit der Geldverhältnisse aufgebaut, muß dem schwankenden Geldwert der Papiermark angepaßt werden, wenn sie nicht selbst zum finan- zialen Zusammenbruch mithelfen will. In Zeiten schwankenden Geldwertes — das gilt auch für eine zu erhoffende Zeit der steigenden Mark — ist für die Höhe und die Gerechtigkeit der Steuer- last nicht der nominelle Steuerfuß entscheidend, sondern der Zeit- punkt der Steuerzahlung. Heute sind die Lohn- und Gehalts- empfänger in Deutschland die einzigen, die in erheblichem Maße in vollwertiger Steuermark ihrer Pflicht gegenüber dem Staat Genüge leisten. Derjenige, der sein Einkommen erst nach Jahres- ritt versteuert, leistet nur einen geringen Bruchteil dessen, wozu er verpflichtet ist. Auch die sogenannten Vorauszahlungen der sich selbst einschätzenden Veranlagungspflichtigen ändern an diesem latbestand nur wenig. Kommen wir einmal in eine Zeit der steigenden Mark, dann werden die sich selbst einschätzenden Ver- anlagungspflichtigen aus den Gründen der Deflation nicht in der Lage sein, oder wenigstens vorgeben, nicht in der Lage zu sein, ihrer Steuerpflicht zu genügen. Das Reich bleibt bei der der- zeitigen Methode der Steuereinzahlung, ganz gleich, welche Ent- wicklung die Mark nimmt, immer der Betrogene.

Die eben geschilderten Tatsachen haben in den Kreisen der Lohnsteuerpflichtigen um so größere Erregung verursacht, als bei ihnen die Geldentwertung unter allen Umständen gerade umge- kehrt wirkt und sich in immer stärker werdender Belastung aus- wirft. Es muß beachtet werden, daß die steuerliche Leistung eines Angestellten, der verheiratet ist und fünf Kinder hat, im

Jahre 1922 bei einem Januar-Einkommen von 2800 Mark und einem Dezember-Einkommen von 88 000 Mark von 1,6 Proz. auf 9,3 Proz. gestiegen ist. Im Gegensatz dazu gewinnt auch der ein- fache Gewerbetreibende auf dem Rücken des Staates an jeder Mark Steuer, die er, durch das Gesetz begünstigt, erst um Jahr und Tag verspätet abzuliefern braucht. Das derzeitige Reichs- einkommensteuergesetz legitimiert so den Betrag am Staat. Aus der Sozialarbeiter-Zeitung Nr. 45 vom 11. November 1922 ist zu ersehen, daß ein Hamburger Tischler, der verheiratet ist und zwei Kinder hat, im Jahre 1921 einen Steuerabzug trug, der 145,5 Stundenlöhnen entsprach. Hätte dieser Tischler zu denen gehört, die sich selbst einschätzen, dann müßte er seine Steuer für 1921 etwa im September 1922 voll gezahlt haben, das war damals ein Ar- beitslohn von 11,5 Stunden. Ende Oktober war es nur noch der Arbeitsvertrag von 8,2 Stunden, und Anfang November konnte die gesamte Steuerlast mit dem Ertrag von noch nicht 6 Arbeits- stunden abgegolten werden. Der erste Vorsitzende der demokrati- schen Partei, der Abg. Erkelenz, hat kürzlich in einer öffentlichen Versammlung festgestellt, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger im Jahre 1921 ihre Steuern mit dem Ertrag von etwa 120 Ar- beitsstunden abgeben mußten. Sie hätten etwa nur 8 oder 10 Arbeitsstunden nötig gehabt, wenn sie zu den gleichen Terminen hätten zahlen können, wie die sonstigen Veranlagungspflichtigen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einer Eingabe vom Sep- tember d. J. darauf hingewiesen, daß der Händler mit dem schlech- ten Gelde von 1922 die gute Steuer von 1920 zahlte; der Staat und die zu sofortiger Zahlung verurteilten Lohnsteuerpflichtigen seien dabei die Leidtragenden.

Durch die jüngsten Beschlüsse des Reichstages sind die mit dem Grundsatz der steuerlichen Gerechtigkeit und mit sozialen Er- wägungen unvereinbaren Widersprüche noch verschärft worden. Der Tarif der Reichseinkommensteuer wurde mit rückwirkender Kraft für das ganze Steuerjahr 1922 erheblich ermäßigt. Die Anpassung der steuerfreien Abzüge der Lohnsteuerpflichtigen an die Wahrheit und Wirklichkeit soll aber erst vom 1. Januar 1923 ab gelten. Im Antrage Nr. 444 der Reichstagsdrucksachen hat die Deutsche Volkspartei nachgewiesen und ausführlich belegt, daß diese künstliche Niederhaltung des Werbungskostenfußes den Finanzämtern automatisch vermehrte Arbeit einbringen muß. Den sich bei uns täglich vermehrenden Anfragen, die fast immer auf jene Ungerechtigkeit hinweisen und Rat verlangen, können wir nur eine Antwort geben: Stellt auf Grund des § 46 Ziffer 3 beim zuständigen Finanzamt den Antrag auf Erhöhung des Werbung- kostenfußes. Wird jene Ungerechtigkeit nicht beseitigt, so werden die Finanzämter wahrscheinlich mit diesen Anträgen überflutet werden.

Unser Antrag gründet sich in besonderem darauf, daß durch die neuesten Beschlüsse des Reichstages die Werbungskosten und die steuerfreien Abzüge für den Steuerpflichtigen und seine Ehe- frau in geringerem Maße erhöht wurden als die Abzüge für Kin- der und alle drei Abzüge in wesentlich geringerem Maße einge- setzt wurden als die Geldentwertung dies erfordert. Die sofortige Heranziehung der steuerfreien Abzüge für die Steuerpflichtigen und ihre Ehefrauen sowie der Werbungskosten ist dringend er- forderlich. Bei dieser Regelung müßte die für 1922 bestehen ge- bliebene steuerliche Ungerechtigkeit gegenüber dem Lohnsteuer- pflichtigen im Sinne des sozialdemokratischen Antrages Nr. 5 der Reichstagsdrucksache Nr. 5392 in etwas seinen Ausgleich finden.

Zusammenfassend möchten wir nochmals betonen, daß die derzeitige Steuerpolitik bei den Lohnsteuerpflichtigen die bedent- lichsten Wirkungen auslösen muß. Die Berechtigung dieser Stim- mung ist nicht abzuleugnen. Die Lohnsteuerpflichtigen verweisen auf die jüngsten Beschlüsse zur Änderung des Gesetzes über die Zwangsanleihe, die u. a. festlegen, daß die Effekten nur zu einem Bruchteil — weniger als 10 Proz. ihres Kurswertes nach dem Stand vom 8. Dezember — zur Zwangsanleihe herangezogen werden. Sie verweisen auf die gewaltigen Steuerhinterziehungen, die der an sich völlig ungenügend ausgebauten Buchprüfungs- verdienst bisher schon festzustellen vermochte. Sie erinnern sich der Worte des Herrn Oberbürgermeisters Böß, der feststellte, daß in Berlin 95 Proz. aller Steuern zwangsweise eingezogen werden müssen. Die Lohnsteuerpflichtigen verweisen aber in besonderem

darauf, daß der von ihnen getragene Anteil der Reichseinkom- mensteuer im Jahre 1920 20 Proz., 1921 33½ Proz., in diesem Oktober aber schon 72 Proz. betragen hat. Sie betrachten es als eine Verhöhnung ihrer ehelich erfüllten Steuerpflicht, sie fühlen sich nach den Worten des Abg. Helfferich als „die dummen Kerle“, daß ihre Steuerleistungen, die im Reberweilungsverfahren an die Finanzämter abgeliefert werden, monatelang in den Händen der Unternehmer liegen bleiben und dort sich in privatergoistischen Vorteilen umkehren.

So muß der Gedanke der Quellenbesteuerung, dessen Entwid- lung zu fördern auch die Reichsregierung feierlich zugesichert hat, völlig zerfallen werden. Mitte September erklärte die Leitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß die Ungerechtigkeiten des Lohnabzuges auf die Dauer den Gedanken des Steuerabzuges überhaupt nicht mehr vertreten lasse. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund müssen heute dazu sagen, daß weite Kreise ihrer Mitglieder jetzt Gegner der Lohnsteuer geworden sind und daß es ihnen auf das äußerste erschwert wird, diesen Strömungen wirksam zu begegnen, wenn keine Änderung der Gesetzgebung eintritt.“

gez. Th. Leipart.

Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes,
gez. Anshäuser.

Die „Opfer“ der Landwirtschaft.

Bittere Klagen kommen aus landwirtschaftlichen Kreisen dar- über, daß die Getreideumlage immer noch nicht beseitigt ist. Sie klagen auch dann noch, wenn sie, wie es jetzt geschieht, für eine Tonne Roggen 165 000 Mk. erhalten. Sie klagen, weil sie im sogenannten freien Handel mehr bekommen würden. Für den Preis von 165 000 Mk. pro Tonne sollen sie ein Scheffel des Umlagegetreides, also 416 666 Tonnen abliefern. Gewiß sind die Geschäftskosten gewaltig gestiegen. Es gibt aber auch Unkosten in der Landwirtschaft, die fast konstant geblieben sind. Zu die- sen gehören die Hypothekenzinsen, sie waren sonst ein hervorragender Ausgabenposten. In Preußen wurden in den 26 Jahren von 1886 bis 1912 in ländlichen Grundstücken an Hypotheken 22 524 850 000 Mk. eingetragen und 12 358 119 000 Mk. gelöscht.

Die Hypothekenzinsen stieg also um 10 166 731 000 Mk. Nimmt man an, daß diese Summe mit 4,5 Prozent verzinst werden muß, dann müßten die Landwirte 45 750 269 Mk. aufbringen. Um diese Summe zu erlangen, müßten sie bei einem durchschnittlichen Roggenpreis von 175 Mk. für die Tonne 261 430 Tonnen Roggen verkaufen. Bei dem jetzt festgesetzten Umlagepreis genügt die Ablieferung von 277,28 Tonnen, um die Summe zu erhalten. Würden sie die Menge an Roggen, die sonst zur Deckung der Zinsschuld erforderlich war, also 261 430 Tonnen abliefern, dann erhalten sie 45 750 269 Mk., also eine Summe, die nicht nur ausreicht, die Zinsen und den Zuzuwachs an Hypotheken abzutragen, sondern es bleiben noch 32 923 468 711 Mark zum Abkösen wite- rer Hypotheken. Man kann also getrost sagen, daß durch die Ablieferung von einem Scheffel des Umlagegetreides die Land- wirte völlig schuldenfrei werden. Und doch brauchen sie nicht mehr Getreide herzugeben, als sie sonst hätten verkaufen müssen, um die Zinsen für ihre Hypotheken zu be- zahlen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 29. Dezember.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		28. Dezember.	27. Dezember.
Amsterdam	1 fl.	2992.50	2922.47
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	495.75	491.25
Kristiania	1 Kr.	1421.48	1398.99
Kopenhagen	1 Kr.	1552.11	1516.20
Stockholm	1 Kr.	2029.91	1970.06
Helsingfors	1 Finn. Mk.	187.53	182.54
Rom	1 Lire	379.05	374.06
London	1 £	36159.37	34164.37
New York	1 Doll.	7551.07	7319.15
Paris	1 Frs.	543.63	536.15
Zürich	1 Frs.	1431.41	1391.51
Madrid	1 Pesetas	1182.08	1157.10
Wien	100 Kr.	10.62	10.37
Prag	1 Kr.	298.40	134.31
Budapest	1 Kr.	3.08	3.09

Spätlinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

10. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

14.

Zwölf Jahre nachdem Eine Thomsen Wismort für immer verlassen hatte, an einem sonnigen Sommerstage, starb der alte Kantor Steffens.

Er lag an der Hofür auf einer Bank, sein Gärtchen vor sich, ein Blick auf die Obstbäume gerichtet, die er mit vieler Mühe gepflanzt und veredelt hatte.

„Nur ein paar Jährchen weiter, dann haben wir diese alten einen Sorten wie in unserem alten Garten“, hatte er zu Frauke gesagt. Zufrieden blickte er auf seine Lieblinge.

Als Frauke aber eine halbe Stunde später heraustrat, um dem Vater zum Kaffee zu rufen, da fand sie ihn merklich schlafend und zusammengesunken auf der Bank sitzen. Er war tot. In Schlagflus hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Frauke erschrak bis ins Innerste. In die Möglichkeit, daß der alte gute Vater jemals könnte genommen werden, hatte sie nie gedacht.

Sie schickte in ihrer Aufregung das kleine Laufmädchen, es er wieder eine von den Schloß, zu Jan und ließ ihn bitten, gleich zu ihr zu kommen.

Es dauerte lange, ehe Miede Schloß zu Jan kam. Zuerst sagte sie doch, ihrer Meinung nach, das Dorf benachrichtigen, sagte bei den Nachbarn anhalten: bei Georg Bäder, der vor der Tür stand, und bei der Krügerin, die am Kaffee hinter dem Spinnrad saß. Sie mußte rasch um die Ecke sprinten, blitz- schnell zu Hause die Tür aufreißen und hineinzurufen: „Der Kantor ist mausetot!“

Sie lief noch immer im Trab, als sie in Spätlinghof ankam. Am nächsten Morgen die Mühe auf und folgte ihr so schnell, daß sie die nächsten zehn Schritte hinter ihm zurückließ.

Als er aber bei Frauke ankam, hatte man den alten Herrn von hineingelassen auf das Bett. Und um Frauke herum stan- den und sahen wohl ein Duzend Frauen aus der Nachbarschaft und herabstiegen aus eifrigkeit.

Frauke stand still und unbeweglich dazwischen. Sie sah Jan mit einem Blick, der ihm ins Herz schnitt. Was sollte er nun sagen. Er spannte an und holte den Doktor, obgleich alles Lebens war.

Schwere trübe Tage folgten für Frauke. Die Verwandten kamen, die verheirateten Schwestern und ihre Männer; auch

der jüngste, der eine Lehrerstelle im Koog hatte und nächstens heiratete, kam. Tischler und Leichenfrau kamen, Kränze wurden gebracht, weitaufge Bemande kondolierten.

Das Häuschen war immer voller Gäste. Jan hielt sich möglichst fern. Er hatte ja kein Anrecht dar- auf, an Fraukes Seite zu stehen.

Bei dem Begräbnis ging er neben den anderen Bauern; er gehörte ja nicht zur Familie. Viele ging hinter dem Sarge, dort, wo das helle Mädchen in dem schwarzen Kleide stolz und trauernd schritt.

Als endlich alles vorbei war, alle nach Hause gegangen und abgereist waren, da kam Frauke sich doppelt verlassen vor.

Die Geschwister hatten ihr, jedes für sich, alle eine Zuflucht in ihrer Familie angedeutet, freilich mit einem Zusatz: „Wenn du nicht zu große Ansprüche machst!“ — „Wenn es meiner Frau recht ist!“ — „Wenn du Arbeit gewöhnt bist!“

Frauke hatte gedankt. Nein, sie machte keine Ansprüche, sie werde niemand lästig fallen, sie sei Arbeit gewöhnt und wolle sich ihr Brot selbst verdienen.

Wie hoch aber ihre Zukunft gestalten sollte, mußte sie selbst nicht. Mit dem Vater hatte Frauke den einzigen Halt ver- loren. Der Mann, den sie liebte, durfte es ihr nicht sein.

Bittere, trübe Gedanken belästigten Frauke. Wie sollte sie ihre Zukunft gestalten? Die Pension des Vaters erlosch mit seinem Tode. Vermögen hatte er keines hinterlassen. Sie be- saß nichts mehr als das armselige Häuschen mit dem hübschen Hausrat.

Sie war in Zukunft gezwungen, sich ihr Brot bei fremden Leuten zu verdienen. Wie aber, wenn sie keine Stellung bot? Sie war niemals vom Hause fortgewesen, besaß keine Zeugnisse, und eine untergeordnete Stellung konnte sie nicht annehmen, dazu war sie zu alt.

Was ihr aber am schwersten aufs Herz fiel, daß sie sich von Jan trennen mußte, daß sie ihn vielleicht später gar nicht mehr zu sehen bekam, denn eine Stelle in der Nähe zu bekommen, würde schwerfallen. Frauke mußte nicht einen einzigen Haus- halt, in welchem sie hätte eintreten können.

So zerglühte und zermarterte sie sich ihren Kopf und fand keinen Ausweg. —

Wiederum Tage waren seit des Kantors Tode verfloßen, als Jan es zum ersten Male wieder wagte, auf einen Augenblick bei Frauke vorzusprechen. Jetzt, da sie allein stand, mußten sie sich mehr als früher vor dem Geruch der Leute in acht nehmen.

Ueber Fraukes vergrämte Züge lag ein freudiger Schein. Jan tat ihr Anblick fast weh. Sie war in den zwei Wochen wie um Jahre gealtert. Seine Faltchen durchzogen die ehemals

so glatte Stirn. Unter den Augen lag ein häßlicher Schein; ein herber Zug lagerte um den Mund. Blau und schmal war das Gesichtchen geworden.

Aber trotzdem — ja vielleicht gerade deshalb, weil er sah, was sie litt, wallte in Jans Herzen die Liebe heißer denn je. Er konnte es ihr nur nicht zeigen, in diesen Tagen der Trauer.

Sie reichte ihm die Hand, und er nahm sie, alle beide und umschloß sie mit seinen großen Händen, daß nichts mehr davon zu sehen war. Sanft und warm drückte er sie und sah ihr dabei innig in die Augen.

„Meine liebe, gute Frauke!“
Sie hielt den Blick nicht aus. Sachte zog sie ihre Hände zurück, und helle Tränen liefen über ihre Wangen.

Jan seufzte. Er hatte in den letzten Wochen so viel über Frauke nachgedacht; die Bedorgnis um sie hatte ihn beson- nert.

„Was soll nur werden, Frauke?“
Frauke wuschte die Tränen fort. „Ich will das Haus ver- kaufen und mir eine Stelle suchen.“

„Als Fräulein wohl?“
„Ja, oder etwas Ähnliches.“

„Ach, Frauke, wenn ich dir doch den Platz in meinem Hause bieten dürfte, der dir zukommt. Ich glaube wohl, daß man nach so vielen Jahren jemand für verheiratet erklären kann; dann stände unserer Heirat nichts mehr im Wege. Aber ich bringe es nicht fertig. Ich denke immer, Time kennt eines Tages vor meiner Tür stehen.“

„Das darfst du auch nicht.“ Nimmte Frauke bei. „Sie ist aus Güte und Hochherzigkeit danongegangen. Solange ich nicht weiß, ob sie noch am Leben ist, könnte ich doch nicht deine Frau werden.“

„Ich danke dir, Frauke. Du denkst doch immer genau so wie ich. Sieh, ich habe das Gefühl, daß sie es mir sagen lassen würde, wenn sie fürde. Glaubst du nicht auch?“

„Ja, das glaube ich“, entgegnete Frauke.

Wenige Wochen nach diesem Tage wurde Jan von seiner Hausbatterin der Dienst aufgesagt.

„Der Bauer wird mir's nicht verzeihen“, sagte Fette Dau. „Hier in Wismort sind die Ausichten für mich gering, weil es hier wenig lebendes Mannsvolk gibt. Ich habe eine Stelle bei Keimer Schmidt in Draas angenommen. Er ist Wittmann und hat zwei erwachsene Söhne. Da kann eine arme Frau eher ihr Glück machen.“

Jan hatte antwort nicht gleich verstanden; dann begriff er: das arme, alte Mädchen schickte sich nach einem eigenen Herd, nein, das konnte er ihr nicht verzeihen. — Fortsetzung folgt.

Die höchsten Preise für
FELLE
wie:
Hasen, Kanin, Ziegen, Rehe,
Kalb, Fuchs, Marder, Iltisse,
Katzen usw.
Pferde-, Kuh- u. Krotthaare
erzielen Sie stets unter reeller Ueber-
nahme bei
Gehr. Wagner, Dankwartsgr. 26,
Holstenstr. 8.
Fernruf 311. (11269)
Frettierer erhält besonders hohe Preise.

Zahle ab heute den höchstwertigsten Tages-
preis für gute ausgefärbte **Frauen-**
Haare
400-500 Mark für 100 Gramm.
Haarhandlung **Kostbahn,** Sandstraße 12
Telefon 9-12, 8-5.

BOTNIA
Der pure
Kautabak
in der bei betriebl. dänischen Weismackerei
FRANZ LÜTZAU, Tabakfabrik, FLENSBURG.
Zu haben in allen Warenabgabestellen
des Konsumvereins und in den Spezial-
geschäften. (11272)

Pelzhäus
Friedr. Zimmermann
Königsstr. 24, Ecke Pfaffenstr.
Pelze
in billigen und höheren Preislagen.
10252a

Margarine
nur einige Tage
billiger
pro Pfund 870.-, 900.-, 950.- M.
Schmalzfabrikat . . . 1200.- M.
Kalbin 900.- M.
Rindertalg 900.- M.
Rundstiftseife 950.- M.
Lübecker Margarine-Centrale,
A. Dreessen.
Filialen: Volkensstraße 6, Marktstraße, Müg-
straße 4, Königsstr. 48, Weidienstr. 37, Sie-
marchstr. 27, Galtensstr. 22, Gr. Grövelgr. 27,
Mariestr. 18, Georgstr. 24, Mariendor-
fstraße 9, Friedrichstr. 1.
11278) **Schwartau, Schlamm.**

Das auf Parteitags-
beschluss angefertigte
Partei-
Abzeichen
in Form einer schmuck-
vollen metallenen An-
stecknadel ist in der Buch-
handlung des Lübecker
Volksboten zu haben.
Preis Mk. 35.-
Das Wahrzeichen der
Sozialdem. Partei trägt
jeder überzeugte Genosse.

Lannen- u. Buchenbrennholz, offen-
feinig.
na. Triton, Nuthaus, Harkelz u. Grubeloh
nur gute Ware, ab Lager und frei Haus.
Johs. Mustin, Holz- und
Kohlenhdlg.
Mariendorfer 14-22,
Schwarzenberg Allee 13.
Kasseler u. Wohnung:
Schwarzenberg 14. (11292) Fernsprecher 2749.

Alle
Arbeiter
kaufen gern und gut
ihre Arbeitskleidung
bei (11277)
Otto Albers
Markt 4 Kohlstr. 10

Zum Silvester
empfehle preiswert
Jamaica-Rum-Verschn.
in bekannter Güte,
Weinbrand-Aquavit
Doppel-Kümmel
Rückforth-Liköre
Orig. Bols-Liköre
Rotweine — Weißweine

Billige Gemüse-Konserv.
Junge Brechbohnen
2-Pfd.-Dose 285.- M.
feine junge Schnittbohnen
2-Pfd.-Dose 310.- M.
junge Erbsen m. Karott.
2-Pfd.-Dose 305.- M.
Brechspargel m. Köpfen
2-Pfd.-Dose 300.- M.
Karotten in Würfel
2-Pfd.-Dose 250.- M.
Steinpilze (11298)
Tomaten-Püree

Ludw. Hartwig
Obertrave 4
Fernspr. 377

11045
Fleischhauerstraße 14 Lübecker Weinhaus

OTTO VOIGT
Weine + Liköre + Spirituosen

Kaufstadt

Ein Paar Kinderstiefel für ein 3jähr.
Kind kostet uns heute 10000 Mark
im Einkauf. Ermessen Sie hieran
die Billigkeit unseres Angebots.

Damen - Halbschuhe Roß-
chevreau, mit Lack, mod.
Form, ohne Derby 36-42 **5500 M.**

Damen - Halbschuhe Box-
kalf, echte Kappe, moderne kurze
Form, hoher Absatz
Größe 36-41 **6500 M.**

Damen - Lack - Spangen-
Schuhe mod. Form, eleg. Ausführg.
Größe 36-41 **9500 M.**

Damen-Stiefel Roß-Chevreau
mit Lack, mod. Form, eleg. Ausführung
hoh. u. flach. Absatz . . . 36-42 **8500 M.**

Herren-Sportstiefel natur-
farbig, Rindleder, reine Leder verarbeitet.
40-46 **9500 M.** 36-39 **8500 M.**

Herren - Rindbox - Stiefel
moderne solide Form, Derbyschnitt,
kräftiger Strapazierstiefel
40-46 **9500 M.** 36-39 **8500 M.**

Kinder - Schultstiefel natur-
farb. Rindl., besond. kräft. Verarbeitg.
27-30 **3400 M.** 31-35 **3900 M.**

Kinder-Stiefel Roßbox, genag.
Unterbod., schöne mod. naturgem. Form
27-30 **3400 M.** 31-35 **3900 M.**

Kamelhaar-Schnallenstiefel mit Filz- und Ledersohle,
besonders gute Qualität, schöner warmer Hausschuh
27-30 **675 M.** 31-35 **775 M.** 36-42 **1650 M.** 43-46 **1750 M.**

Ein Posten Damen-Stiefel, Einzelpaare
Roßchevreau, Boxkalf, Rindbox, mit und ohne Lack,
moderne Formen, Größe 36, 37, 38, Paar **6500 M.**

Gesellschafts-Schuhe
in Lack, Brokat, Wildleder, Chevreau,
„Goldkäfer“ allerneueste Formen
in Riesenauswahl.

Schuhhaus Zentrum
Marktwiese 2,
in bei guten Qualitäten (11804)
noch außergewöhnlich billig.
Besonders preiswert:
Herren-Arbeitsstiefel,
Damenstiefel, Laackschuhe,
Pantoffel, Hauschuhe.

Wir sind billig!
Das bekannt reelle Einkaufshaus
für Arbeiter und jeden Beruf.

Unsere guten Schuh-
waren sind weit bekannt.
1 Posten starke Arbeitsstiefel
4900.-, 7500.-
1 do. starke Schaffstiefel 11 500.-
1 do. starke Lederqamarochen
9900.-, ohne Naht.
1 do. eleg. Herrenstiefel 8700.-
1 do. starke Frauenhalbsch. 4500.-
1 Post. Damenhalbschuhe 6500.-
Sportstiefel, eleg. Damen, Herren-
Kinderstiefel, 1 Posten Kamelhaar-
schuhe, warme Pantoffeln,
Lederische, Pantoffeln usw.

Ein Posten (11295)
Herrenkoniektion
Unsere reellen Qualitäten sind weit
bekannt.
Sustanzhosen 2500.-, gestr. elegant.
Hosen 350.-, Pilot- u. Wandarbeiter-
Hosen, Boden- und Wand-Hosen,
eleg. Anzüge 19500.-, Schlafrock,
Gummimäntel 18900, 14000, Güte,
Mägen, Konfirm.-Anzüge.

Hemdentuch, Keffel, Verzugsstoffe,
Sreiffatin, Reiderhose, Stufen-
hose, Unterzeuge usw.

Shlers & Reetwisch
Hofstr. 1. St. Petri 2-4.
Moderne Damemäntel.
Strickjack. Blas. Jumper.
Gut — Teil — Billig

Zum Silvester
empfehle (11801)
Rum-Punsch mit Zucker
Glib-Punsch m. Zucker
Obstschamwein
Bliz
Schweden-Punsch
Rum - Kognat - Arrak
Rotwein - Rheinwein
Madeira - Portwein
Samos - Zaragoza fäß
Steinhäger
1/2, 1/3, 1/4-Kruten
Tafel-Aquavit
Liföre
Große Auswahl in
verschiedenen Preislagen
Ernst Voss,
Gr. Burgstr. 59.

Visitenkarten
fertig an die
Buchdruckerei von
Friedr. Meyer & Co.

Deutscher
Transportarbeiter-
Verband. (11294)
Ortsverwaltung Lübeck.
Verammlung
der Kohlenplah-
arbeiter
am Sonnabend, 30. Dez.
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht der
Lohnkommission
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Hallen.
Sonnabend, Sonntag u.
Neujahrstag: (11299)
Gr. Sanzsträußen

Trocadero.
Schlüsselbud. A. F. 787
Täglich ab 5 Uhr
nachmittags:
Weberus-
Stimmungs-
Konzerte. 11270

Hansa-Theater.
Heute Freitag, sowie
morgen Sonnabend
7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg!
Frasquita.
Mit Lissy Niemy in der
Titelrolle. (11284)
Sonntag (Silvester)
7 Uhr:
Czardasfürstin
Montag, 1. Januar
7 1/2 Uhr:
Czardasfürstin

Stadttheater Lübeck
Freitag 7 Uhr, Ab. A:
(1. Vorst. i. d. 2. Hälfte
d. Ab.) Don Juan.
Sonnabend, 7.30: 10. Ab.
Vorst.: Was ihr wollt.
Sonntag (Silvester)
3 Uhr: Prinzchen
Huschewind.
7 Uhr: Lumpaci
vagabundus.
Montag, 1. Jan., 3 Uhr:
Prinzchen Husche-
wind. (11285)
7.30: Die Fiebersucht
Erneuerung der Abow-
nements für die 2. Hälfte
der Spielzeit in den üb-
lichen Kassakund. vorab.
von 10-1 Uhr.

Sozialdem.
Verein Lübeck.
Sonntag, den 31. Dezember:
Silvesterfeier
in den Räumen des Gewerkschaftshaus.
Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Ende?
Mitgliedsbücher mitbringen, da
i. Mitgl. ermäß. Eintrittspr.

KOLOSSEUM
Morgen Sonnabend:
Großer Ball
Kassenöffnung 6 1/2 Uhr.
Keine geschlossene Gesellschaft.
11274) Joh. u. R. Mittag.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 29. Dezember.

Treue der Organisation.

Die sozialistische Arbeiterklasse will die Welt erobern. Sie will die gesellschaftlichen Grundlagen der Produktion und den gesellschaftlichen Wehrbau völlig verändern. Sie will an Stelle der kapitalistischen die sozialistische Gesellschaftsordnung setzen. Bewußt und planmäßig arbeitet die sozialistische Arbeiterklasse am gesellschaftlichen Umbau, am Aufbau einer neuen Gesellschaft. Das ist die größte Aufgabe der Arbeiterklasse. Sie ist größer, als sie je von der Entwicklung einer Klasse gestellt worden ist. So groß die Aufgabe aber auch ist, die Arbeiterklasse wird die Kräfte entfalten, die zu ihrer Lösung notwendig sind.

Die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse haben längst erkannt, daß die Arbeiterklasse nur erfüllen kann, wenn sie sich als Klasse organisiert. Daher legt auch das Klassenbewußtsein außerordentlichen Wert auf die Organisation. Nur in der Organisation, im Zusammenschluß und in der planmäßigen Leitung der Arbeiterklasse ist es möglich, die Millionen einzelner Kräfte zum gemeinsamen Vollen nutzbar zu machen.

Die Organisation ist also das wichtigste für den Klassenkampf des Proletariats, aber sie ist nicht das einzige. Ebenso wichtig als der äußere Rahmen, ist der Geist, der die Arbeiterorganisationen beherrscht. Klare politische sozialistische Erkenntnis ist die Voraussetzung dafür, daß die Organisation ihre Aufgabe voll erfüllen kann. Die Hauptaufgabe der sozialistischen Arbeiterklasse ist also: Die Organisation und den sozialistischen Geist in der Organisation aufrecht zu erhalten, zu fördern, zu pflegen und zu verbreiten, in die Massen zu tragen.

Das vorstehende Gesagte ist für jeden Klassenbewußten Proletarier Selbstverständlichkeit. Aber es gibt doch auch unter den Parteigenossen und -genossinnen manche, für die solche Selbstverständlichkeiten wieder einmal betont werden müssen. Die materielle Not, in der sich die Arbeiterklasse befindet, nagt auch bei manchen Genossen und Genossinnen an dem Pflichtbewußtsein gegenüber der Organisation. Manche Genossen und mancher Genosse findet die Parteibeiträge zu hoch. Verdrossen wird dann nach allerlei Gründen gesucht, um sich der Organisation fernzuhalten oder gar auszutreten. Gewiß, die Organisation muß heute die Beiträge erhöhen, wenn sie ihre Aufgaben auch nur einigermaßen erfüllen soll. Es steht auch zu erwarten, daß die Parteibeiträge mit der fortschreitenden Geldentwertung weiter steigen. Aber was bedeuten denn heute die erhöhten Beiträge? Jähst man heute einen Vergleich mit den Beiträgen von vor dem Kriege, so tritt sofort hervor, wie weit die Parteibeiträge hinter anderen Steuermüssen zurückgeblieben sind. Vor dem Kriege betrug der monatliche Parteibeitrag 20 Pf. in der Woche, im Monat etwa einen Stundenlohn. Heute zahlen die Parteimitglieder in Lübeck im Monat 20 Mark. Das ist ein Zehntel eines Stundenlohnes. Man verleihe die Ausgaben für die Organisation mit sonstigen Ausgaben.

Wer heute deshalb verdrossen der Partei gegenübersteht, weil die Parteibeiträge zu hoch sind, der beweist damit nur, daß er ein sehr schlechter Klassenkämpfer ist. Was sind die Hinweise auf die hohen Parteibeiträge für jämmerliche Gründe im Munde eines Arbeiters oder einer Arbeiterin, die von sich sagen, daß sie für sich, für ihre Angehörigen, für ihre Klassenbrüder im Kampfe um eine bessere Gesellschaftsordnung stehen. Wer in Lübeck Kampfe nur große Worte hat, aber nicht einmal den Wert einer Zigarette, einer Zigarre, einer Tasse Kaffee oder eines Anobehelches anerkennen kann, der ist schlimmer als ein völlig indifferenter, der Arbeiterbewegung fernstehender Mensch.

Die Aufgaben der Partei sind gewachsen, die Aufgaben nicht minder. Soll die Organisation ihre Aufgaben erfüllen, soll sie die Interessen der Mitstreiter und der Arbeiterklasse wahrnehmen, soll sie für die Verbreitung des Sozialismus wirken, dann müssen auch die notwendigen Mittel aufgebracht werden. Die Agitation, Flugblätter, Versammlungen, Einladungen, Annoncen usw. kosten heute unmeßbare Summen. Diese Summen müssen unbedingt beschafft werden, wenn die Organisation und Agitation nicht leiden soll. Die Arbeiterklasse hat es ja nicht so bequem wie das Bürgertum, dessen politische Organisationen von den Großindustriellen und Sachverständigen besetzt werden. Für die Arbeiterklasse gilt nicht das Wort von Karl Marx: Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk ihrer selbst sein! Das müssen unsere Parteigenossen und Genossen beherzigen! Nicht jagst, nicht kleinlich sein! Optischer Treue der Organisation! Treue dem Organ der Parteigenossenschaft, dem „Lübecker Volksboten“!

Die Notgemeinschaft in Lübeck

Die trotz bedeutender Anwendungen in bedrängter Lage. Denn der Kreis der Untersuchungsbedürftigen ist so groß, als daß auch durch Millionen eine nennenswerte Linderung all der von Elend, Alter und Gebrechlichkeit heimgeführten Mitbürger vorzuziehen werden könnte. Es fällt uns schwer, an unsere Klassenorganisationen mit neuen Bitten zur Hilfe heranzutreten. Wir wissen nur zu gut, daß die Sorge um das Weiterkommen in jedem Hause Tag und Nacht ist. Aber trotzdem: wie unendlich glücklich — wenn dies Wort gebraucht werden darf — sind wir alle daran, die noch volle Arbeitskraft besitzen und Verdienste haben gegenüber denjenigen, die nicht mehr im Vollbesitz ihrer Kräfte sind. Man glaubt gar nicht, wie bescheiden sich viele Menschen durchs Leben schlagen, mit wie wenig sie sich zufrieden geben müssen. Viele, früher aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossene haben wieder versucht, durch kleine Arbeiten ihr färgliches Dasein zu verbessern. Eine Zeitung gibt dieses, aber bei manchen ist jetzt auch diese Quelle verlegt. Soll die Not dieser Leute gemildert werden, dann sind dauernd laufende Mittel notwendig. Bis jetzt wurden 7000 bis 8000 Personen unterstützt, aber diese Unterstützung ging nicht einmal über den Rahmen der Armenunterstützung hinaus. Und täglich wird das Leben teurer, täglich wächst die Not im Heim der Betroffenen.

Wir haben es schon früher betont: in erster Linie wäre es Pflicht der Besthenden, sich aus der Not anderer Bereichernder, gleiche Hilfe zu leisten. Doch wenn es aus Geben geht, da hört bei manchem das warme Herz auf zu schlagen. Da ist es genau wie beim Steuerzahlen. Immer ist es der Arbeitsmann, der Pflichtbewußtsein und soziales Mitgefühl an erste Stelle rückt. Bedenket er doch wie kein anderer Sozialist in seinen Gewerkschaften, wo er durch jahrzehntelange Beiträge keine Reden vor größerer Not hört. Diese hohe Pflichterfüllung und die kostlose Beisteherschaft so mancher Kapitalisten soll uns aber nicht abhalten, hier jenen mitzubelfen, deren Elend unserer Zeit vornehmungslos preisgegeben ist.

Helfe, wer nur irgendwie dazu in der Lage ist. Je schneller die Beiträge für die Notgemeinschaft eingehen, um so kräftiger wird die Hilfe.

Milch- und Butterpreis.

Nachdem zwei Wochen lang der Preis auf der gleichen Höhe blieb, hat die Hamburger Butternotierungskommission des Vereins der Fettwaren- und Deftkaffeehändler den Butterpreis auf 1900 Mk. festgesetzt. Angeblich wegen zu geringer Zufuhr infolge großen Verbrauches in den Erzeugerländern zu Weichmachern. Die Bauern haben also, in richtiges Deutsch überlegt, recht flott und fett gelebt. Um den Schaden am Geldbeutel wieder wettzumachen, hält man mit der Ware zurück und steigert so die Preise. Das ist einmal so Brauch bei den christlich und patriotisch gestimmten Agrariern.

In Lübeck kostet die Milch jetzt 174 Mark.

Militärvereinskombi und sonst etwas.

„Einem längst gefühlten Bedürfnis“ ist wieder einmal abgeholfen worden. In Mecklenburg wurde ein Füsiliers-Bund gegründet und damit, um in der Sprache der „Lüb. Anz.“ zu reden, ein Herzenswunsch der so und so erfüllt. Sämtliche Füsilierversene Mecklenburgs haben sich angeschlossen und auch Lübeck stellt im Bunde nicht. Angeblich will man zwischen verschiedenen Berufs- und Rangklassen die Kameradschaft pflegen und dankbare Erinnerungen fortvererben. Die blumenreiche Sprache kennt man ja. Bezeichnend, aber für preußische Kommissköpfe selbstverständlich ist das Hervorheben der Berufs- und Rangklassen im Zivilstand. Es gibt ja leider noch Einseitige, die vor einem Menschen in alle Ewigkeit zusammenklappen, wenn dieser einmal Spauketten getragen hat. Solche unterwürfige Naturen gebrauchen die Offiziere in Zivil, um sich in ihrer Gottähnlichkeit zu fassen. Nebenbei glaubt man vielleicht, sich eine Sturmtruppe für die Wiederaufrichtung alter Kaiserherrlichkeit zu erhalten. Denn gerade in Mecklenburg hat man immer versucht, unter einem unscheinbaren Deckmantel den alten preußischen Kommissgeist zu fördern. Dort sammelten sich die Bakstümer, ein Verein Hubertus, und als dieser aufgelöst wurde, firmierten diese Monarchistentruppen unter dem Namen: Verein für landwirtschaftliche Berufsausbildung. Das ist der alte Geist in neuer Umhüllung war, haben wir kürzlich aus den Vorträgen im benachbarten Tostow geschilbert, wo man bei „harmlosen“ Tanzveranstaltungen gegen die Ebert- und Juden-Regierung Kampfbildung nahm. Die mecklenburgische Regierung hat auch diesen „Verein“ auf. Eine Beschwerde der Drahtzieher beim Staatsgerichtshof in Leipzig hatte zuerst Erfolg. Auf die Beschwerde der mecklenburgischen Regierung hob nun der Staatsgerichtshof den Beschluß des Drei-Männer-Kollegiums auf und verworf die Beschwerde des Vereins gegen jenes Verbot als unbegründet. Der Verein als solcher sei auf Grund des Versailler Vertrages rechtmäßig aufgelöst worden, außerdem seien die Voraussetzungen für das Verbot auf Grund des Schutzgesetzes vorhanden, wie aus den von der mecklenburgischen Landesregierung vorgelegten Unterlagen hervorgeht.

Die Militärlisten sind nicht faul. Sie wissen, daß nur durch Zähigkeit und Eigenart etwas zu erreichen ist. Wird ein „Verein“ aufgelöst, gründet man einen anderen. Hilfsgruppen für die monarchistische Reaktion werden gebraucht. Und der Füsiliers-Bund wird sicher ein Blättchen in diesem Buttekt sein. Arbeiter, laßt Euch nicht irretieren. Seid wachsam!

Die Invaliden-, Alters-, Kranken- und Witwenrenten werden vom 1. Januar 1923 ab um 750 Mk. zu der Grundrente, die Renten um 375 Mk. für jedes Kind zu der Grundrente erhöht. Es empfiehlt sich, am 2. Januar zur schnelleren Abfertigung die Beiträge in den Januar-Quittungen nicht vorher auszufüllen.

Achtung, Rentenempfänger! In unserer Notiz über die Rentenbezüge hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Wie uns vom Versorgungsamt mitgeteilt wird, werden die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenrenten (Zahltag heute) zum vierten Mal den Betrag derjenigen Summe ausbezahlt, welche nach den geltenden Vorschriften bis zum 30. September 1922 zu zahlen war.

Die Kostschätze der Heilanstalten werden mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab abermals um 33% Prozent erhöht. Siehe Bekanntmachung in der gestrigen Ausgabe.

Volltage der Gemeinnützigen Brodenammlung. Gedrängt durch die schismen Enährungs- und Kleidernot der ihr nahe stehenden Jugend, stellt sich die Brodenammlung zu dem Versuch voran, ihren Geschäftsbetrieb zu erweitern. Bisher zahlte sie für Sammelgut (Papier, Metalle, Haare, Lumpen) um 50 Prozent geringere Aufkaufspreise als der gewerbsmäßige Brodenhandlung. Durch die große Spannung zwischen Aufkaufs- und Weiterveräußerungspreisen konnte sie für Kinderwohlfahrt große Summen freimachen. Je mehr sich jedoch die Preise für Rohmaterial zu Konjunkturpreisen entwickelten, desto stärker wurde die Abwanderung der erwachsenen Sammler und der Firmen, die der Brodenammlung aus Verständnis für ihre Wohlfahrtsarbeit Abfallstoffe anliefernten, da der spekulative Brodenhandel hohe Konjunkturpreise zahlte. Diese Preisbewegung mitzumachen, konnte sich der Wohlfahrtsauschuß der Brodenammlung nicht entschließen, da ihm die Gefahr, die in einer Vermehrung der jugendlichen Diebstahlsdelikte droht, vor Augen stand. Wohl aber ist er gezwungen, sein Materiallager wieder aufzufüllen, wenn er den Wohlfahrtszwecken des Unternehmens weiterhin dienen will. Er wird deshalb sogenannte „Volltage“ einrichten (erstmalig am 5., 12., 19. und 26. Januar), an denen für Mitprodukte, die von Erwachsenen aufgeföhrt werden, dieselben Preise in bar sofort ausbezahlt werden, die nach den Notierungen des Brodenhandels marktgeläufig sind. Es wird herzlich gebeten, von dieser Einrichtung eifrig Gebrauch zu machen. In jugendliche Sammler werden wie bisher Geldbeträge nicht ausgeschüttet; die Vergütung geschieht durch Sammelmarken, deren Geldwert bankmäßig hinterlegt wird.

500-Mark-Münzen? Die zur Ausprägung bestimmten Münzen im Werte von 5 und 10 Mark sind durch die Geldentwertung hinfallen geworden. Die Reichsfinanzverwaltung hat dem Reichsrat eine Vorlage zugehen lassen, in der die Ausprägung von Erbsamünzen von 10, 20, 50, 100, 200 und 500 Mark vorgesehen wird.

Postagenturen im Landbezirk. Am 1. Januar 1923 wird in Krumbach (bisherige Poststellenpostamt Kurau) eine Postagentur eingerichtet werden. Von demselben Tage an wird die Postfiliale in Krumbach aufgehoben werden. Den Landbezirk der neuen Postagentur werden folgende Orte zugehört werden: a) von der Postagentur in Kurau: Arrade, Oberwöhlde und Krumbacher Hof; b) von der Postagentur in Jarpen: Niendorf (R. Störmar), Mühlhagen mit Neufhof, Gemarische, Teichstraße, Steinkoppel, Reinsch-Abbau, Goldener Fahn, Böthen und Krüdenberg; c) von der Postagentur in Bronsorf: Lüthenfelde, Reinsch, Watterstieg und Neukoppel.

Porto für Glückwunschkarten. Beim Versand von Glückwunschkarten zum Neujahrsfest empfiehlt sich die Benutzung der allgemeinen Portovergünstigungen für Ansichtskarten. Es dürfen zum Durchschnittspreis von 5 Mk. Ansicht- und Bildpostkarten, Be-

suchskarten mit handschriftlichen Zusätzen versandt werden, die neben dem Namen, Stand und Wohnort neben Wohnung des Ab senders und Datum auch bis zu fünf Worten enthalten dürfen, in denen gute Wünsche, Glückwünsche oder andere Höflichkeitsformeln zum Ausdruck gebracht werden. Es ist auch zulässig, Namensunterschriften in beliebiger Anzahl hinzuzufügen.

Ausführungsfilm in den Stadthallen. Der Landesauschuß für hygienische Volksaufklärung schreibt uns: In dem Wochenprogramm der Stadthalle vom 29. Dezember bis 4. Januar wird der humoristische Lehrfilm: „Machen, die Anstalt vom Lande“ gezeigt werden. Der Film, der die Gesundheitspflege des täglichen Lebens behandelt, zeigt, oft in drastischer Form, was zur wahren Körperpflege, die den einzelnen und damit auch den ganzen Volkskörper zu hohen Leistungen befähigt, gehört. Vor allen Dingen zielbewußte Reinlichkeit, tägliche systematische Muskelübungen und dergl. Auch von den schmerzlichen Gefahren, die unsere Volksgehundheit seitens der Tuberkulosen usw. drohen, erfährt der Zuschauer. Der Landesauschuß für hygienische Volksaufklärung kann daher den Besuch der Veranstaltung, besonders durch die Jugend, nur empfehlen.

pb. Die Folgen eines Rauiches. Zeitgenommen wurden vier Arbeiter wegen Einbruchsdiebstahls. Sie hatten mehrere Kneipen besucht und sich dort betrunken. Mit dem angetrunkenen Mut gingen sie auf die Straße, um dort Unfug zu treiben. Der eine zertrat die Fenteleise eines in der Leistenstraße wohnhaften Trödlers und stahl dort einen Handkoffer mit diversen Mätschbüchern. In der Krähenstraße stahlen sie aus einem Schlachterladen mittels Hindurchschlängens durch eine offenstehende Luftklappe für ca. 30 000 Mark Wurstwaren, die sie zum Teil sofort verzehrten.

pb. Vermißt wird seit Dienstag, dem 19. der in Hollenfelde wohnhafte 63jährige Arbeiter Heinrich Ludwig Könd. Er wollte nach dem Behlendorfer Hof, wo er in Arbeit stand, gehen. Seit der Zeit fehlt von ihm jede Spur. Anzunehmen ist, daß dem Vermißten ein Unglück zugefallen ist.

pb. Eine Razzia wurde in verfloßener Nacht von einer Anzahl Kriminalbeamten vorgenommen, bei der auch Lokale fragwürdigen Rufes überholt wurden. Mehrere verdächtige Personen wurden verhaftet und darunter drei ermittelt, die von verschiedenen Behörden staatsrechtlich verfolgt wurden.

pb. Diebstahl. Aus einem Kontor in der Hofenstraße wurde eine Schreibmaschine Marke „Deal“ gestohlen. — Von den bei Schuppen 16 lagernden Eisenbahnwagenmaschinen sind in letzter Zeit über 30 Stück gestohlen worden. 12 davon konnten wieder herbeigeführt werden, die von einem hiesigen Trödler als Metallen aufgekauft waren. Die Diebe sind ermittelt und festgenommen; aber auch der Trödler ging in Haft wegen dringenden Verdachts der gewerbsmäßigen Hehlerei.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadthaus. Am Sonnabend-Ab. wird Shakespeares Lustspiel „Was ihr wollt“ gegeben. Sonntag (Silvester), nachmittags „Brinschens Hutschwind“, abends „Lumpaci vagabundus“.

Sausa-Theater. Freitag und Sonnabend 7 1/2 Uhr „Frasquita“. Sonntag (Silvester) 7 Uhr „Gardasfürstin“.

Blindenbeschäftigung. Die Blindenbeschäftigungskstelle Bedergrube 8 ist vom 2. Januar an in den Räumen der Armenbehörde, St. Annenstraße 1—3, untergebracht.

Angrenzende Gebiete.

p. Bad-Schwartau. 3. Schulfeier der Volksschulen. In der Weihnachtswoche hatten die Lehrer der hiesigen Volksschulen Eltern und Schüler zu einer Weihnachtsfeier eingeladen. Der große Lüchsdorfsche Saal konnte an beiden Abenden die Erschienenen kaum fassen. Herr Lehrer Menckel begrüßte die Anwesenden, worauf Herr Kretsch mit seinem fein abgestimmten dreistimmigen Knaben- und Mädchen-Chor einsetzte. Dann folgten gut vorbereitete Rezitationen und die Kleinsten mußten „Knecht Ruprecht“ die Schularbeiten zeigen und wurden dementsprechend belohnt. Viel Vergnügen bereitete der von Fr. Hellwig exakt aufgeführte holländische Holzschuhhans. Als Schlußstück folgte dann „Weihnachten im Zauberwald“ in drei Aufzügen. Das Fest verlief in vorzüglichster Weise und hat manches Proletariatskind die Weihnachtsfeier in eigenen Heim erlebt. — Eine Ausstellung von Handarbeiten, hergestell von den Schülerinnen der Volksschulen unter Leitung von Fr. Hellwig, fand nach mehrjähriger Pause am 15. Dezember im Schulhaus statt. Die Arbeiten zeigten von guter Leistung der Schülerinnen.

Hamburg. Ein riesiger Tiertransport ist am 27. Dezember am Petersenka mit dem Dampfer „Sultan“ unter Leitung des Amtsratsenden Christoph Schulz für Carl Hagenbocks Tierpark und Zirkus gelandet. Es ist wohl der größte Transport, der nach dem Kriege direkt von Afrika in Hamburg eintraf. Unter anderem: 18 Zebras, 6 riesige bemähte Löwen, die frisch aus der Steppe gefangen, zur Blutauffrischung dienen sollen, 6 Kamele, eine Unmenge Affen, Sekretärpögel, Marabus, Hyänenhunde, Leoparden, Schakale, Mangusten, viele verschiedene Sorten Raubvögel und eine große Zahl kleiner Vierzfüßler, auch Angoraziegen, die in Südafrika einen besonders hohen Zuchtgrad erreicht haben, befanden sich unter der wertvollen Sendung.

Hamburg. Ein überfälliger Dampfer verloren. Der Dampfer „Heinrich Kaiser“ meldete bekanntlich am 6. Dezember dröhlich, daß er mit gebrochenem Ruder und beschädigten Luken auf See treibe. Seitdem hat man nichts von ihm gehört. Da er in der Weier, wo er seit einer Woche fällig ist, noch nicht eingetroffen ist, muß angenommen werden, daß er verloren ist. Die Besatzung war 41 Mann stark.

Lauenburg (Elbe). Die Stadt ohne Bürgermeister. Seit nunmehr fünf Monaten ist Lauenburg ohne Bürgermeister! Am 1. August verließ Genosse Stoll als Bürgermeister von Fürstenwalde unsere Stadt. Am 17. September wurde der Genosse Bureauinspektor Hofkamp aus Hamm i. W. von drei in engere Wahl gestellten Parteigenossen gewählt. Von der demokratischen Partei wurde Protest gegen die Wahl erhoben. Hier in Lauenburg wurde öffentlich gewährt. Protestgründe im Rahmen der Schleswig-Holsteinischen Städteordnung könnten an dem Wahlergebnis nichts ändern. Der Fall liegt seit Monaten bei der Regierung in Schleswig zur Entscheidung, aber nichts rührt sich! Im nächsten Jahre werden wir wohl noch einen Bürgermeister bekommen!

Volle Form und Jugendfrische

sind der Wunsch vieler Frauen. Wir raten Ihnen, 30 Gramm echte Avoca-Kerne zu kaufen, die erprobte, völlig unschädliche Stoffe von anfangsfröher Wirkung enthalten. Davon nehmen Sie 5mal täglich 2—4 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apothek, Mengstr. 10. (11279)

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Die Entlassungen bei Ewers & Miesner.

In dem offenen Brief des Adolf Schwagers heißt es: wegen angeblichen Arbeitsmangels seien bei der Firma Ewers & Miesner drei Mann fristlos, ohne jede Kündigung, entlassen worden. Darunter ein alter verheirateter Arbeiter, der vier Jahre im Betriebe war, mit den schwersten Arbeiten betraut wurde und die Arbeiten zur vollen Zufriedenheit seiner Vorgesetzten verrichtete. Der Hauptkern des Vorgehens von Schw. ist, daß der Schreiber des offenen Briefes der Schwagerohn des alten entlassenen Arbeiters ist und diesem nur Geld lieh, aber wie die Mlle sagte, ihn und jetzt durch die Entlassung auch mit betreffen worden ist. Der Betriebsrat hat die 3 Mann nicht zur Entlassung angeschlossen. Wahrheit ist, daß durch die Umstellung der Produktionsanlagen innerhalb der Gießerei, wo sonst alle 3 Tagelöhner waren, jetzt nur alle 4 Tage gearbeitet wird. Arbeitskräfte zu viel waren. Die betreffenden Betriebsratsmitglieder die in der Gießerei in Frage kommen sind diese 3 Mann. Das Betriebsratsmitglied, das diese 3 Mann persönlich vertreten hat und meinetwegen Einmütigkeit erhob, konnte die Gründe nicht entkräften. Wären die Entlassungen der Reihe nach erfolgt hätten Kollegen in Betrachtung gebracht werden müssen, die noch Kinder zu ernähren haben. Die drei Arbeiter sind fristlos entlassen ohne vorherige Kündigung, aber auf Grund der Betriebsratsbestimmung, die seit 1. Oktober 1920 in Kraft ist, von der Betriebsleitung und dem damaligen Betriebsrat ausgearbeitet und von der Belegschaft anerkannt ist.

Der Betriebsrat der Firma Ewers & Miesner. NB. Damit ist der Streit an dieser Stelle beendet. Red.

Gnort.

Verlust vom Reichs-Ministeramt des Arbeiter-Vollzugsbundes Deutschland, A. Kreis 2. Bezirk, I. Klasse: 1. Steiner S. Haase, 2. Steiner S. Mener, III. Klasse: 1. Steiner Wagner, 2. Steiner S. Haase, 1. Klasse: 1. Steiner S. Haase, 2. Klasse: 1. Steiner S. Haase, 3. Klasse: 1. Steiner S. Haase, 4. Klasse: 1. Steiner S. Haase, 5. Klasse: 1. Steiner S. Haase, 6. Klasse: 1. Steiner S. Haase, 7. Klasse: 1. Steiner S. Haase, 8. Klasse: 1. Steiner S. Haase, 9. Klasse: 1. Steiner S. Haase, 10. Klasse: 1. Steiner S. Haase.

Reisekosten.

Zr. H. Ihre Frage ist schwer zu beantworten. Für Reiseregis und Wäsche werden Sie bei bestehenden Ansprüchen wohl kaum unter 4000-5000 Mk. pro Woche verlangen können. Die Forderung richtet sich natürlich nach der Beschaffenheit der Reiseregis und des Zimmers - 15 Mk. für den Reisefonds quittiert. G. B. 125 Mk.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. F. Leber; für Freizeitsport und Kunst Hermann Bauer; für Literatur Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Neustadt i. Holst. Beschlagnahme in Meierereien. Wie die Kieler Landwirtschaftskammer mitteilt, wurden auf Anordnung des Oberstaatsanwalts Feststellungen in Meierereien vorgenommen. Da die Feststellungen aus technischen Gründen nicht ohne weiteres gemacht werden können, ist zum Teil Beschlagnahme der Geschäftsbücher und Verhaftung des verantwortlichen Geschäftsführers erfolgt. Dies ist auch in der großen Meierei in Neustadt i. H. geschehen. Die Meierei ist bei Aufrechterhaltung dieser Maßnahmen außerstande, den Betrieb fortzuführen, und hat dementsprechend in Aussicht genommen, sofort den gesamten Getreidemehrfabrikverkauf einzustellen.

Brunshüttel. Deutsche Lebensmittel als billiger Proviant für ausländische Schiffe. Trotzdem wir unter sehr hohen Preisen leiden, sind infolge der entwerteten Mark fast alle Lebensmittel für den Ausländer doch billiger als in keinem Heimatland. In den Häfen Brunshüttel und Holtenau nehmen, wie aus Schiffer- und Lotsenkreisen mitgeteilt wird, täglich wohl 25 ausländische Schiffe ihren Proviant ein. Dabei handelt es sich aber hauptsächlich über ausschließlich um deutsche Lebensmittel. Die feine deutsche Butter und viele andere Lebensmittel wandern hier an Bord der Schiffe. Da Deutschland vom Auslande Lebensmittel kaufen muß, und zwar teurer kaufen muß, als sie hier abgeben werden, ist dies eine Entscheidung, die bedauert werden muß. Dennoch besteht kaum Hoffnung auf beschleunigtem oder gezieltem Wege eine Besserung schaffen zu können.

Mensburg. Eine unbezahlbare Anleihe. Hier trat unter der Führung einer Finanzkommission des Magistrats ungeheures Aufsehen. Der Magistrat hatte der Stadtverordnetenversammlung im August 1916 eine Vorlage unterbreitet auf Aufnahme einer Schweizer Anleihe, die nach zehn Jahren, also im August 1926, mit 123 Franken für je hundert Mark bei 4 Prozent Verzinsung rückzahlbar ist. Die Anleihe wurde von den städtischen Kollegien in Höhe von 6.150.000 Franken angenommen. Infolge des Sturzes der deutschen Währung muß die Stadt eine ungeheure Verzinsung aufbringen. Das Katastrophenhafte aber bei der Sache ist, daß die Schuld Mensburgs an den Schweizer Geldgeber nach dem Sturze der deutschen Währung heute nicht weniger als 8 1/2 Milliarden Mark beträgt. Es ist der Stadt natürlich ganz unmöglich, diese Riesenschuld zurückzahlen, niemand weiß einen Ausweg aus der Finanznot Mensburgs. (Berl. Tagebl.)

Köln. Die abschließlichen Klümmern. Bei der Revolution hatte der Staat die drei Landesherren Doherty, Malchow und Ribnitz in seinen Besitz genommen. Durch die Mecklenburgische Verfassung sind dann diese Klümmern und das Kloster zum Heiligen Kreuz in Köpenick aufgehoben und durch das Einigungsabkommen zur Mecklenburgischen Verfassung ist bestimmt worden, daß niemand wegen dieser Maßregeln Entschädigung zu beanspruchen habe. Derjenige Teil der mecklenburgischen Ritterschaft, dem bisher für seine ledigen Löhne im wesentlichen neben einigen zur Verfügung des Landesherren und der Städte bestehenden Subventionen, die Nutzung der Klümmern stand, nämlich der eingetragene und regierte Adel Mecklenburgs, hielt diese Maßregeln für einen unsozialen Einbruch in ihre im Laufe der Jahr-

hunderte erworbenen Privatrechte und erhob deshalb, vertreten durch den Rechtsanwalt Hoppe in Schwerin, beim dortigen Landgericht im Mai 1921 Klage auf Herausgabe der Klümmern und Wiederherstellung der früheren Verwaltungs- und Nutzungsrechte. Das Gericht hat am 21. Dezember das Urteil dahin verkündet, daß die Kläger mit ihrer Klage abgewiesen wurden. Es hat in diesem Urteil den Standpunkt eingenommen, daß die Klümmern wie auch das Kloster zum Heiligen Kreuz in Köpenick öffentliches Gut waren und bis zur Staatsumwälzung in Mecklenburg dem Staat gehörten und dem Staat hergeleitet ist und daß der Staat berechtigt war, im Wege der Enteignung die Klümmern aufzuheben und dem Staat zu übergeben. Die Kosten des Rechtsstreites sind im wesentlichen den 186 Mecklenburger adelichen Gutsbesitzern anteilig aufzuerlegen. Der Wert des Streitgegenstandes, nach welchem die Gerichtskosten und die Kosten der Sachwalter herabgesetzt werden, ist vom Gericht auf eine Milliarde siebenhundertfünfzig Millionen Mark festgesetzt worden. — Das geschieht den Auerjähligen recht.

Aus aller Welt.

Strassenbahnproben. Der Magistrat von Berlin beschloß, aus verlässlichen Halbjahren der künftigen Kosten eine Milliarde Mark als einmaligen, die Wirtschaftlichkeit behaltende Zuschuß der Straßenbahn zur Verfügung zu stellen, nachdem die Straßenbahn in eine städtische Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt ist. — Der Stadtrat in Mannheim beschloß, eine weitere Eingliederung des Straßenbahnbetriebes eintreten zu lassen. Am 31. März u. J. soll 250 Kraftwagen des Dienstverhältnisses beschafft werden. — Die Heidelberger Straßenbahnverwaltung hat den Betrieb der Königsstuhlbahn wegen Unrentabilität eingestellt.

Schließung des Bremerer Domes. Während der öffentlichen Besuchszeit sind im Bremerer Domes so viele Diebstähle vorgekommen, daß die Verwaltung sich den Dom für den öffentlichen Verkehr vollkommen gesperrt hat.

Ein gefährlicher Mehlweizenanbaubetrieb. In Bernburg wurde am Saubach des Mehlweizenanbaubetriebes der größte Teil der anwesenden Kinder betäubt vorgefunden. Auch einige Erwachsene lagen in Ohnmacht. Es ergab sich, daß aus den Öfen giftige Gase ausströmten waren. Die Giftgefahren wurden sofort in Nachbarnhäusern gemeldet, wo sie durch ärztliche Behandlung wieder ins Leben zurückgerufen werden konnten.

Sturm auf See. Das schwere Sturmmeer, das zu Weihnachten im Atlantischen Ozean, in der Nordsee und im Kanal herrschte, hat den in See befindlichen Schiffen erheblichen Schaden zugefügt. Man fürchtet, daß mehrere Schiffe untergegangen sind, darunter die „Delos“, die aufeinander mit der ganzen Besatzung von 26 Mann an der Küste von Wales gesunken ist.

Ämtlicher Teil.

Schöffn. für Vollm. ab 30. 12. 1922 174. — je St. Lübeck, 29. 12. 22. Landesverordnetenamt. (11205)

Handelsregister.

Am 25. Dezember 1922 ist eingetragen 1. bei der Firma Heinrich Martens, Lübeck: Carl Wilhelm Martens ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetragen. Offene Handelsgesellschaft. Beginn: 27. Dezember 1922; 2. bei der Firma W. Schult & Meier, Trampmünde: Der Gesellschafter Hermann Meier ist ausgeschieden. Franz Meier ist als persönlich haftender Gesellschafter eingetragen. (11287) Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Durch Auschlussurteil des unterzeichneten Gerichts vom 19. Dezember 1922 ist die von der Deutschen Lebensversicherungsgesellschaft auf den Namen des Robert Schröder in Magdeburg. Meußbinderstraße Nr. 15 ausgeschaltete, an den Überbringer einzuschickende Lebensversicherungspolice Nr. 134431 für kraftlos erklärt. Das Amtsgericht, Abt. 6.

Bekanntmachung.

Verhandlung der Kaufmannschaft am Freitag, dem 29. Dezember 1922, nachmittags 6 Uhr in der Abrie.

Tagesordnung:

Wahl eines Mitgliedes der Handelskammer an Stelle des zum Abtritte erwähnten Mitgliedes Hermann Schenck. Wahlvorschl. der Handelskammer: G. H. G. Voie, G. H. G. Halle, Adolf Jowalt. Lübeck, den 14. Dezember 1922. (11275) Die Handelskammer.

Erster Nachtrag zum Prämientaler der Genossenschaft für die Reichsanwaltschaftvericherung der Fahrtzeug- und Reiter-Gattungen vom 2. Dezember 1921.

Die Sätze der Prämienräume werden mit folgt geändert: statt 24.— Mk. sind 300.— Mk. und 75.— zu erhöhen. Die neuen Sätze gelten vom 1. Januar 1923 bis auf weiteres.

Beilage: Festgelegt gemäß § 304 der Reichsversicherungsordnung. Berlin, den 15. Dezember 1922. (11271) Das Reichsversicherungsamt, Abteilung für Unfallversicherung. Dr. Kaufmann.

Nichtamtlicher Teil.

Mittelgroße Werkstatt für rasigen Betrieb zu verkaufen. Ang. v. A. 11267 Johannisstr. 151.

S. D. D. Am 25. Dezember haben unsere Wittwen 11299 **Job. Ahrens Marie Ott H. Kettner.** Ihre lieben Verwandten! Der Vorstand

Proff Henjahn wemmer werr. Kundsch. W. Werner, 11291 Padermeier.

Bombas (Zweifelsgele) für Silber zu leihen oder zu kau. bei. No. u. A 621 a. d. Sp. (11290)

Sehr schön. Angew. Köchm. Kleiderherf. u. blau. Verbezug zu verk. 11289) Deutscher 331

Damen-Garderobe wird angefertigt und modernisiert. (11294) Glockengießerstr. 571

Käse eingetroffen: (11297) **Gebr. Jochen mit Käse aller Sorten** Bld. 550. **Sell-Käse** Bld. 550. **Käse-Altern** Bld. 550.

Karl Möller, Wickedestr. 44 Fernruf 2834. **Reines Rindfleisch** 180.- **Pretenstücke** 50.- **Mad.** 540.- **Kohl, Gulah.** 600.- **ausgezeichnete** **Wendertel.** 90.- **Speck und Hausfleisch** zu den billigsten Tagespreisen. (11299)

Karl Lahrz, Böllmertstr. 16. **Diätetisches Getriebe-Schinkenfleisch.** Pfd. 529.— Mk. **Bestes Kalbfleisch** 640.— **frisch, fettes, fettes Schweinefleisch** 950.— **von den Schweinebäcken oben. Koch.** 1200.— **in jeder geräucherter Speck.** 1490.—

Gemeinnützige Bestattungs-Gesellschaft m. b. H. Lübeck, Hundestr. 49/51. **Übernahme von Bestattungen** in der einfachsten (11800) bis zu der feinsten Ausführung.

RUFEN SIE 2873! AN!  **Und schon bin ich unterwegs, hole Ihre kaputten Schuhe und bringe sie sofort wie neu zurück.** **Reform-Schuhwaren-Reparatur- und Stepperei** mit elektrischem Betrieb. **Robert Jentzen** 50 **Hörnstraße** 50.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß wir vom 2. Januar 1923 ab Aufträge, welche auch auf Pfennigbeträge laufen, nur noch deraestalt ausführen, daß die Pfennigbeträge fortfallen. Bei Erteilung von Sammelaufträgen (bei Beordnung mehrerer Ueberweisungen auf demselben Vordruck, gleichzeitiger Anweisung mehrerer Entnahmen oder gleichzeitiger Einreichung mehrerer Schecks und Wechsel zur Gutschrift) beschränkt sich die Fortlassung der Pfennigbeträge nicht auf die Gesamtsumme der Aufträge, sondern erstreckt sich auf jede einzelne Ueberweisung, Entnahme oder Rimesse. Wir bitten daher, im Bankverkehr Pfennigbeträge nicht mehr auszusprechen. Bei Couponsabrechnungen kommen die Pfennigbeträge nur in der Gesamtsumme in Fortfall. Des weiteren werden wir, veranlaßt durch die Gebührenberechnung der Reichsbank, vom 2. Januar 1923 ab den Kostenbeitrag für jede Ueberweisung nach auswärts auf Mk. 15.— erhöhen. Lübeck, im Dezember 1922. (11293) **Bank für Handel und Gewerbe e. S. m. b. H. Commerz-Bank in Lübeck** **Commerz- und Privat-Bank Akt.-Ges. Filiale Lübeck** **Darmstädter und Nationalbank Filiale Lübeck** **Direction der Disconto-Gesellschaft Filiale Lübeck** **Dresdner Bank Filiale Lübeck** **Alfons Frank & Co. Kreditbank Lübeck e. G. m. b. H. Landbank Lübeck e. G. m. b. H. Lübecker Privatbank Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck Louis Wolff Commanditgesellschaft.**